

GeschichtsKorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/20. Jg.

Mitteilungsblatt

Januar 2014

Zu diesem Heft:

Dieses Heft – mit dem wir den 20. Jahrgang der *GeschichtsKorrespondenz* einleiten – veröffentlicht vor allem Materialien der Ende Oktober vorigen Jahres stattgefundenen Konferenz „Deutschland 1933: Prozesse, Wirkungen, Kontinuitäten, Lehren“: die Vorträge von Reiner Zilkenat, Heinz Karl und Ulrich Schneider sowie den Diskussionsbeitrag von Kurt Laser.

Die Konferenz machte deutlich, dass die faschistische Diktatur den seit dem Übergang zum Imperialismus wirkenden und artikulierten Interessen und Motivationen der imperialistischen Bourgeoisie und ihr nahestehender Gesellschaftsschichten entsprang, der Nazifaschismus als Regierungspartei diese mit aller Konsequenz durchsetzte, dass er seinem Wesen nach bürgerliche Politik und Ideologie war. Sie unterstrich, dass neben dem Großkapital und seinen Verbänden insbesondere das Militär und der Staatsapparat insgesamt als treibende Kräfte der langwierigen Entwicklung zur faschistischen Diktatur wirkten – einem Prozess, der nicht am 30. Januar 1933 begann, sondern damit seinen Kulminationspunkt erreichte. Es waren die bürgerlichen Macheliten, die ihn vorantrieben, während alle Widerstände dagegen von den Massen getragen wurden. Die ungebrochene Kontinuität der Eigentums- und Machtverhältnisse vom Kaiserreich bis zur BRD bedingte auch die Kontinuität der bürgerlichen Macheliten und ihrer Apparate. Diese Kontinuitäten erklären auch den regimekonformen öffentlichen Umgang mit der Problematik des deutschen Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart der BRD.

Des weiteren enthält dieses Heft den Schluss der Auseinandersetzung Horst Schneiders mit dem „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“, ferner den Überblick über die Veranstaltungen des Arbeitskreises bis Oktober 2014. Sie sind vor allem Problemen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und gegenwärtigen bemerkenswerten Entwicklungen in der Welt gewidmet. Das Heft wird abgeschlossen mit der Einladung zum Kolloquium „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl“ am 1. März 2014 in Berlin.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Dr. Reiner Zilkenat Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten	S. 3
Prof. Dr. sc. Heinz Karl Zur Kontinuität der deutschen Machteliten, ihrer Konzepte und Apparate seit 1933	S. 11
Dr. Ulrich Schneider Zum öffentlichen Umgang mit dem deutschen Faschismus – praktische Betrachtungen zu theoretischen Fragen	S. 21
Dr. Kurt Laser Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1933	S. 28
Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider „eenes mannes rede ist keenes mannes rede, man muss hören alle beede“. Zur Verteufelung der DDR im Bericht Bernd Neumanns an den Bundestag (II)	S. 32
Veranstaltungen des Arbeitskreises Februar - Oktober 2014	S. 35
Einladung zum Kolloquium „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid (1874 – 1944) – Otto Grotewohl (1894 – 1964)“ am 1. März 2014 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2014.

Dr. Reiner Zilkenat

Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Im Angesicht der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 existierte bei nicht wenigen Historikern, Intellektuellen, Politikern und Publizisten unterschiedlicher politischer Provenienz und weltanschaulicher Überzeugung Übereinstimmung bei der Herangehensweise an die Beantwortung der damals wie heute drängenden Frage: Wie hatte es zum 30. Januar 1933 mit all seinen katastrophalen Folgen für Deutschland und die Welt kommen können?

Sie lautete: Die Ursachen reichen weit zurück in die deutsche Geschichte. Spätestens seit der Reichsgründung „von oben“ 1870/71 und der wilhelminischen „Weltpolitik“ liefen vielfältige Entwicklungslinien zur Installierung des Nazi-Regimes. Mit den Worten des konservativen Historikers und Nestors der bürgerlichen Geschichtswissenschaft Friedrich Meinecke in seiner 1946 erschienenen Schrift „Die deutsche Katastrophe“: „Die Haktisten in Posen und Westpreußen, die Scharfmacher der Großindustrie, die junkerlichen Bürokraten in den Ministerien und Provinzialregierungen, das waren die konkreten Träger dieses innerpolitischen Machtsystems, dessen Komplement nach außen nun jene alldeutsche Bewegung wurde. *Man mag nun die Unterschiede des damaligen unsozialen Herrengestes von dem späteren Nationalsozialismus Hitlers noch so stark betonen, - im großen Zusammenhang gesehen, war er doch eine Vorstufe zu ihm.*“¹

Das Problem der Kontinuitäten war aufgeworfen worden. Hitlers und des Faschismus Platz in der deutschen Geschichte wurde in das Kontinuum der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Entwicklung Deutschlands seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingebettet. Freilich orientierte man sich dabei vornehmlich an Erscheinungsformen. Selbstverständlich standen für historische Forschungen und Analysen noch nicht die archivarisches Quellen zur Verfügung, die von den Alliierten noch eine Zeit lang unter Verschluss gehalten wurden.

Allerdings: Mit der Entfaltung des Kalten Krieges und dem Aufstieg der 1949 gegründeten Bundesrepublik zum strategischen Bündnispartner der USA und zur stärksten konventionellen Militärmacht in Westeuropa verstummte diese Debatte aus durchsichtigen politischen Gründen allmählich. Hitler und die zwölf Jahre faschistischer Diktatur wurden zum „Betriebsunfall der deutschen Geschichte“ erklärt, deren Herrschaft sich letztlich rationaler Erklärungen entzog. Sie erscheinen als gleichsam „aus der Geschichte gefallen“. Überhaupt Hitler. Die Geschichte des deutschen Faschismus wurde in wachsendem Maße personalisiert und auf den selbsternannten „Führer“ der NSDAP konzentriert, der „die Menschen“ quasi hypnotisiert und auf unerklärliche Weise in seinen Bann gezogen hätte. Irrationale Erklärungsmuster dominierten. In die Verbrechen der Nazis, die in dieser Lesart auch nicht von Deutschen, sondern „im deutschen Namen“ begangen worden waren, seien die Betroffenen lediglich „verstrickt“ gewesen. Auf diese Weise verschwanden nicht nur diejenigen gesellschaftlichen Kräfte aus dem Blick, die den 30. Januar 1933 erst ermöglicht hatten, sondern das deutsche Volk wurde unterschiedslos großzügig exkulpiert und quasi zum „ersten Opfer“ Hitlers und seiner Spießgesellen in der Führung der NSDAP und der SS erklärt. Somit konnten Ribbentrops Diplomaten Botschafter und Legationsräte sowie ehemalige SS-Schergen leitende Beamte im Bundeskriminalamt und im Bundesnachrichtendienst werden, Hans Globke avancierte zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Ganz zu schweigen von den Hunderttausenden Tätern, an deren Händen Blut klebte und die sich in der Polizei, in der Justiz, in anderen Behörden und Ämtern sowie als „angesehene Fachleute“ in der Industrie, den Banken und in freien Berufen problemlos zu etablieren vermochten. „Ich kann einen Eimer schmutziges Wasser nicht ausgießen, wenn ich kein sauberes Wasser habe“, nannte dies Konrad Adenauer in seiner unnachahmlichen Art.

In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR waren die Verhältnisse bekanntlich anders. Kriegsverbrecher und andere Angehörige der faschistischen Repressionsbürokratien wurden strafrechtlich verfolgt – falls sie nicht zu denjenigen gehörten, die bereits in Scharen das Weite, das heißt: die westlichen Besatzungszonen, aufgesucht hatten, da sie nicht zu Unrecht befürchten mussten, in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR zur Ver-

antwortung gezogen zu werden. Das Kontinuitätsproblem im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs war hier kein kurzlebiges, konjunkturell bedingtes Thema. Ihm widmeten sich von Beginn an die geschichtswissenschaftliche Forschung und – in hohen Auflagen verlegt – auch populär-wissenschaftliche Darstellungen. Alexander Abuschs „Der Irrweg einer Nation“², Albert Nordens „Lehren deutscher Geschichte“³ und „So werden Kriege gemacht“⁴ seien als besonders hervorhebenswerte Beispiele ins Gedächtnis gerufen. Als theoretische Basis diente dabei Lenins Imperialismustheorie⁵, aber auch der Rückgriff auf Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“⁶, das in der Sowjetischen Besatzungszone vom SED-eigenen Dietz Verlag aufgelegt worden war. Später wurde die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt⁷, dessen Evolution in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei voluminösen Bänden, die 1978/79 erschienen, von Helga und Manfred Nussbaum, Dieter Baudis und Lotte Zumppe detailliert untersucht wurde.⁸ Diese leider in Vergessenheit geratenen Publikationen ermöglichen es, die Fragen der Kontinuität und Diskontinuität von der Ebene der Politik – vornehmlich der Außenpolitik – auf ihre ökonomische Basis rückzuprojizieren, sie gleichsam „vom Kopf auf die Füße zu stellen“.

In der Bundesrepublik löste der Hamburger Ordinarius Fritz Fischer mit der Veröffentlichung seines umfangreichen, unmittelbar aus den Akten erarbeiteten Bandes „Griff nach der Weltmacht – Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918“ im Jahre 1961 die nach ihm benannte Kontroverse aus, die über ein Jahrzehnt lang die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, aber nicht nur sie, in Atem hielt.⁹ Mehr noch: Wohl keine andere, geschichtliche Prozesse, Ereignisse und Personen betreffende Auseinandersetzung innerhalb der Geschichtswissenschaft strahlte derart lange und mit so großer Intensität auf die westdeutsche Öffentlichkeit und die Politik aus. Auch nicht der so genannte Historikerstreit in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, mit seinen Protagonisten Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Jürgen Habermas.¹⁰

Worum ging es? War schon Fischers akribisch aus den Quellen belegte These von der Hauptschuld (nicht: Alleinschuld) des Deutschen Kaiserreiches bzw. seiner politischen, militärischen sowie der wirtschaftlichen Eliten an der Entfesselung (nicht „Ausbruch“) des Ersten Weltkrieges für den konservativen Zeitgeist in den 1960er Jahren schier unerträglich – plötzlich sollte Deutschland *beide* Weltkriege ausgelöst haben -, so drang Fischer in weiteren, bis zum heutigen Tage besonders lesenswerten Publikationen zu der Fragestellung vor, wie die Herrschaftsverhältnisse, wie die ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Strukturen beschaffen waren, die eine bewusste Auslösung des Ersten Weltkrieges in der Juli-Krise 1914 erst ermöglicht hatten.¹¹ Und er fragte von Beginn an nach den im Ersten Weltkrieg für den deutschen Imperialismus unerledigten Kriegszielen, so wie sie im „September-Programm“ Bethmann Hollwegs von 1914¹², aber auch in einschlägigen Denkschriften führender Industrieller wie August Thyssen und Walther Rathenau sowie in zugespitzter Form vom Alldeutschen Verband formuliert worden waren¹³, die er Jahrzehnte später in neuem Gewand in den Kriegszielplanungen des deutschen Faschismus wiederentdeckte. Diese Analysen waren derart brisant, dass seine konservativen Kollegen – andere gab es in jener Zeit kaum – und die Bundesregierungen unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers und Ludwig Erhards mit wütenden Diffamierungskampagnen, auch mit dem Entzug öffentlicher Mittel für Vortragsreisen ins Ausland reagierten.¹⁴

„Hitler war kein Betriebsunfall“ lautete Fischers Schlussfolgerung, die er aus seinen Forschungen zog. Und er nannte Institutionen, soziale Klassen sowie einzelne ihrer Repräsentanten beim Namen: „Hitler verbündete sich ... mit den Säulen der Gesellschaft und Wirtschaft im Wilhelminischen Deutschland: der Preußisch-Deutschen Armee (Reichswehr) mit ihrem weitgehend adeligen Offizierskorps; der Schwerindustrie (Thyssen, Krupp, Klöckner, Vöglner usw.), die allein die von Hitler geplante Aufrüstung einer modernen Angriffsarmee ermöglichen konnte; dem Großgrundbesitz, den alten Ostelbiern, weil sie im Kriegsfall die Ernährung sicherstellen konnten; der Beamtenschaft und der Justiz, die willfährig waren gegenüber der Staatsleitung, wobei die Justiz bereits seit 1919 von sich aus in zahlreichen Prozessen die Linke mit Schärfe und die Rechte mit Milde behandelt hatte; der katholischen Kirche, weil sie ihm durch das Reichskonkordat die erste internationale Anerkennung verschaffte (...)

Dieser Vulkan an Energie, Willen und Leidenschaft ist ... ohne die gesellschaftlich-sozialen wie die ideellen Bedingungen Deutschlands im Kaiserreich und in der Weimarer

*Republik nicht denkbar. Jedenfalls kam Hitler nicht aus der Hölle oder vom Himmel und war kein ‚Betriebsunfall‘. Er gehört, gemessen an den Voraussetzungen, die sein Wirken und sein Auftreten ermöglichten, wie an seiner Gedankenwelt, tief in die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hinein.*¹⁵

Manche seiner Schüler, Dirk Stegmann und Manfred Asendorf seien an erster Stelle genannt, erweiterten und konkretisierten die Befunde ihres akademischen Lehrers, indem sie minutiös die politische und finanzielle Unterstützung bedeutender Vertreter des Großkapitals in Industrie und Banken sowie des unverändert großen gesellschaftlichen Einfluss ausübenden Adels für die faschistische Bewegung nachwiesen.¹⁶

Fischers Forschungsergebnisse fanden weltweite Resonanz – auch in der DDR. Die seit den zwanziger Jahren kolportierten Thesen vom Ersten Weltkrieg, in den nach einem oft zitierten Diktum des damaligen britischen Premierministers Lloyd George alle europäischen Mächte „hineingeschlittert“ seien¹⁷, sowie die Anschauung von der angeblichen Diskontinuität des deutschen Faschismus mit den politischen Systemen und sozialökonomischen Verhältnissen vor 1933, waren unhaltbar geworden. Damit waren weder die Zäsur des Jahres 1933 geleugnet noch die bis zuletzt vorhanden gewesenen alternativen Möglichkeiten ausgeblendet worden, die einen Machtantritt der Nazis hätten verhindern können. Der Faschismus musste keineswegs an die Macht gelangen. Die Entstehung, das Wachstum und die Erfolgchancen dieser neuen politischen Bewegung wurzelten allerdings tief in den neuen Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg.

In der DDR waren besonders für die Vorbereitung des Internationalen Historikerkongresses in San Francisco 1975 die Arbeiten an der Erforschung der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts weiter vorangetrieben worden. Sie fanden ihren Niederschlag unter anderem in dem von Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler, Wolfgang Ruge und Willibald Gutsche herausgegebenen Dokumentenband „Weltherrschaft im Visier“¹⁸ – eine der wichtigsten Publikationen der DDR-Geschichtswissenschaft – sowie eines wenig später publizierten Begleittextes in Form eines Taschenbuches.¹⁹

In der BRD blieb die Kontinuitätsproblematik, bis sie Anfang der achtziger Jahre endgültig ausklang, auf der Tagesordnung, allerdings rutschte sie im Laufe der Jahre in den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“. Insgesamt mussten die Forschungsergebnisse Fritz Fischers und seiner Schüler akzeptiert werden – wenn auch häufig nur halbherzig und überaus zögerlich.

Doch zurück zum Ausgangspunkt: Zur Frage nach den Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte, die auf den 30. Januar 1933 zuführten. Dabei ist zu beachten, dass keine Zwangsläufigkeiten zum Faschismus an die Macht führten. Die Existenz alternativer Entwicklungsmöglichkeiten stellen kein retrospektives Konstrukt von Historikern dar, sondern sie verweisen auf die unzureichenden Analysen und Anstrengungen sozialer Klassen, kollektiver politischer Kräfte bzw. von Persönlichkeiten.

Meine wichtigste These lautet, dass wichtige Exponenten des deutschen Imperialismus in der Krise der Weimarer Republik sich auf die Hitlerfaschisten orientierten, weil sie endgültig erkannt hatten, dass die Massenbewegungen der politischen Linken – SPD, KPD und Gewerkschaften – nur mit gegen sie gerichteten Massenbewegungen erfolgreich zu bekämpfen waren. Diese rechten Massenbewegungen „neuen Typs“ sollten als Instrumente des „Klassenkampfes von oben“ nicht nur durch eine mit modernsten Methoden der Massenbeeinflussung, mit Hilfe skrupelloser sozialer Demagogie und antikapitalistischer Phraseologie Einbrüche in die Arbeiterklasse, andere lohnabhängige Schichten und den Mittelstand erzielen. Vielmehr mussten sie zugleich durch die Aufstellung von Privatarmeen (SA und SS) systematisch Gewalt und Terror gegen die Linke ausüben, vor allem gegen die Kommunisten und ihre Organisationen. Nur dadurch erschien ihnen die Aufrechterhaltung des aus ihrer Sicht akut gefährdeten Herrschaftssystems in den Zeiten der Großen Krise seit 1929/30 möglich zu sein, nicht durch Aktionen wie 1920 beim Kapp-Lüttwitz-Putsch, ganz zu schweigen von den abenteuerlichen und von vornherein zum Scheitern verurteilten Manövern wie dem dilettantischen Küstriner Putsch und dem Hitler-Ludendorff-Putsch im Oktober bzw. November 1923.

Auch eine Art Militärdiktatur der Reichswehrführung hätte letztlich keinen Bestand gehabt. Die „Querfront“-Konzeption Kurt von Schleichers an der Jahreswende 1932/33 brach bereits im Ansatz zusammen, nachdem schon 1923 keine hinreichende Basis für eine auf Langfristigkeit angelegte „Diktatur“ der Reichswehr unter dem Kommando des Generals Hans von Seeckt als Chef der Reichswehr erzielt werden konnte.

Innerhalb der Reichswehr gab man sich keinen Illusionen hin. „Diese Lüttwitz-Sache hat uns unendlich geschädigt“²⁰, resümierte Oberst von Thaer in einem Privatschreiben an General von Seeckt vom 29. Mai 1920. Generalleutnant Lequis hatte bereits Ende März 1920 in einer Denkschrift formuliert: „Auf Dauer ist eine auf Gewaltherrschaft der Reichswehr gegründete Regierung unmöglich ...“ Als Begründung gab er zu Protokoll: „Die gesamte heutige Umwälzung in Europa kennzeichnet sich selbst als der unaufhaltsame Aufstieg des Arbeitnehmerstandes, dementsprechend kann sich in der jetzigen Zeit eine Regierung nur auf längere Dauer halten, wenn sie die Mehrheit der Arbeitnehmer hinter sich hat.“²¹ Und Oberstleutnant Joachim von Stülpnagel, Abteilungschef im Reichswehrministerium, schrieb fast hellseherisch am 12. Januar 1924: „Es ist unser Unglück, dass wir in Deutschland keinen Mann großer Qualitäten haben, der diktatorisch regieren kann und will. Diesen Mann würden wir unterstützen, aber den Mann selbst spielen wollen, können wir nicht.“²²

Die Erkenntnis, dass es neuartiger Massenbewegungen mit einem „volkstümlichen“ Mann an der Spitze bedürfe, um die existierenden Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren und für eine absehbare Zukunft zu sichern, war keineswegs vollkommen neu. Die Gründung des „Bundes der Landwirte“, des „Deutschen Kolonialvereins“, des „Deutschen Flottenvereins“ und des „Deutschen Wehrvereins“ im wilhelminischen Deutschland – um nur sie an dieser Stelle zu nennen – mit ihren differenzierten Medienangeboten, Vereinsabenden, „Erlebnisfahrten“, öffentlichen Vortragsveranstaltungen, Propagandaaktionen in Schulen und Universitäten sowie Festen „für die ganze Familie“ waren erste organisatorische Konsequenzen aus der Erkenntnis, dass die Zeit der Honoratiorenparteien sich endgültig ihrem Ende zuneigte.

Die genannten Verbände waren allerdings dadurch geprägt, dass sie weiterhin ihre – wenn auch zahlreiche – Mitgliedschaft erkennbar als Objekte der alten gesellschaftlichen Eliten instrumentalisierten. Das reduzierte von vornherein ihre Möglichkeit, nachhaltigen und stabilen politischen Einfluss auf eine große Masse der Bevölkerung nehmen zu können. Von relevanten Einbrüchen in die Arbeiterklasse ganz zu schweigen. Die Begrenztheit ihres Wirkens demonstrierte der grandiose Wahlerfolg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Januar 1912, als sie 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen (in absoluten Zahlen: 4,2 Millionen Stimmen) auf sich vereinen konnte und mit 110 Abgeordneten zur mit Abstand stärksten Fraktion im Parlament avancierte.

Auch nach 1918 lag hier das Hauptproblem der konservativen Parteien und Organisationen, vor allem der Deutschnationalen Volkspartei und des „Stahlhelms – Bund der Frontsoldaten“. Es gelang ihnen nicht, über ihren Schatten zu springen. Beispielhaft sei aus einer Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hülser vom 30. März 1928 zum Thema „Wie gewinnen wir die Arbeiter?“ zitiert: „Sie glauben gar nicht, wie es einem Arbeiter, der in der Regel im Betrieb sehr leicht gemaßregelt wird, wohl tut, wenn zu ihm der Parteiführer, der Hauptmann soundso oder ein Major oder die gnädige Frau ‚von und zu‘ sich einmal eine Stunde setzt, schlichtweg als Mensch und ihn anhört.“²³ Präziser kann die Unfähigkeit von durchaus relevanten Teilen der Deutschkonservativen und anderer reaktionärer Kräfte in der Weimarer Republik, sich von gewohnten Verhaltensweisen gegenüber der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten zu verabschieden, wohl nicht veranschaulicht werden.

Und dennoch: In den Augen der Eliten lag das ambivalent Faszinierende der NSDAP und der SA genau in ihrer Andersartigkeit. Sie waren zwischen Sympathiebekundungen und Reserviertheit hin und her gerissen. Ich zitiere aus einem Brief des Prinzen August Wilhelm von Preußen an den „Bundeskanzler“ (den nach heutiger Lesart „Bundesgeschäftsführer“) des „Stahlhelms“ vom 7. August 1929, in dem diese Problematik sehr deutlich formuliert wurde: „Bin hier (im Schloss Sigmaringen) seit zwei Tagen nach Abschluss des Nat. Soz. Kongresses der mich tief beeindruckte, namentlich in 2 Punkten: 1. Sie haben in ganz anderem Umfang die Jugend – u. zwar ur-germanischen Typus – hinter sich, als wir. 2.) Die Vorträge und Reden standen im Durchschnitt auf viel höherem Niveau. Manche Thematik stößt den alten Soldaten ab, wenn sie auch vom künstlerischen ganz abgesehen von der propagandisti-

schen sehr suggestiven Wirkung ... oft überaus wirkungsvoll ist. Der ganze Ton mir gegenüber und Behandlung meiner Person war von großer Rücksicht und Wärme, schließlich sogar stellenweise orgiastisch. Die Freude über mein Kommen durchweg zu erkennen. (...) Ich machte die Bekanntschaft ... einer rückhaltlos gläubigen Masse kerndeutscher Herkunft. Ich sehe die Zukunftsentwicklung für uns (den Stahlhelm – R. Z.) nur in einem Zusammengehen. (...) Vieles wirkte ‚hordenmäßiger‘, aber den Schwung, die Begeisterung wird man bei uns selten finden. Auch viel mehr Überzeugung und weniger Kritik. (...) Sie haben mir an allen Ecken schrecklich zugeredet ‚Zieh‘ Dir auch ein braunes Hemd an, Du gehörst zu uns, tu‘ den Schritt ganz‘ usw. Schon allein, dass dieser Wunsch geäußert wurde, ist ein Schritt voran.“²⁴

Hermann Göring brachte es in der Zeitung „Der Nationalsozialist“ auf den Punkt: „Herr Hugenberg wird niemals einen einzigen marxistischen Proleten wieder zum nationalen Denken bringen. Unsere Mission aber ist es ..., dass aus dem letzten Proleten wieder ein deutscher Mensch wird.“²⁵ Prinz August Wilhelm übrigens wurde bald darauf, am 1. April 1930, Mitglied der NSDAP, später SA-Obergruppenführer und einer ihrer eifrigsten Propagandisten.

Dass diese Aufgabe – die „Nationalisierung“ des „marxistischen Proleten“ – nicht so recht gelang, wissen wir, seit in den siebziger und achtziger Jahren die Ergebnisse der Historischen Wahlforschung vorgelegt wurden, die nachweisen, dass es vor allem solche Arbeiter waren, die nicht in den Organisationen der Arbeiterbewegung – kommunistischen wie sozialdemokratischen – verwurzelt waren, bei denen die Faschisten Erfolge erzielen konnten.²⁶

Kontinuierlich führten bedeutende Vertreter des Monopolkapitals und ihre Interessenverbände von Beginn an den Kampf gegen die Weimarer Republik. Der Flirt in der Zeit der Novemberrevolution mit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung (Ebert-Groener und Stinnes-Legien-Abkommen) sollte „Schlimmeres verhindern“ – das hieß konkret: die befürchtete ökonomische und politische Entmachtung der alten Eliten in staatlichen Bürokratien und in der Justiz, an Hochschulen und Universitäten, in der Armee und in der Polizei. Vor allem die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Banken musste um jeden Preis abgewendet werden – ein Unterfangen, das bekanntlich von Erfolg gekrönt war.

Die Herren der Industrie und Banken machten zu keiner Zeit ihren Frieden mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, auch nicht mit den Zugeständnissen, die man 1918/19 und in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus glaubte konzederen zu müssen, um die Herrschaft der Monopole zu sichern. Ein „weißer Rabe“, der Ruhrindustrielle und Vizepräsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) Paul Silverberg, erregte mit seiner Dresdner Rede am 4. September 1926 zwar große Aufmerksamkeit, als er zu einer Orientierung des RDI nicht nur auf die bürgerlichen Parteien, sondern auch auf die SPD, ja zu einer dauerhaften Akzeptanz der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrief.²⁷ Aber er befand sich in der Position des „Rufers in der Wüste“. Am Rande bemerkt: Er änderte seine 1926 geäußerten Überzeugungen radikal und zählte 1932 zu den Befürwortern einer Kanzlerschaft Hitlers.

Zurück zur Novemberrevolution. 1918/19 wurden in einer historisch offenen Situation Weichen gestellt. Nicht in dem Sinne, dass von hier aus eine zwangsläufige Entwicklung in den 30. Januar 1933 einmündete, wohl aber waren mit tatkräftiger Unterstützung der SPD und des ADGB dauerhaft Strukturen im politischen System und in der Ökonomie geschaffen worden, die von nun an diejenigen politischen Kräfte begünstigten, für die es darum ging, das Rad der Geschichte zurückzudrehen sowie den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ nicht nur im Kontor, sondern ebenso in der Gesellschaft wie im Staat möglichst kompromisslos durchzusetzen. Dabei wurden auch die sozialpolitischen Erfolge der SPD und des ADGB wütend bekämpft (der öffentliche Sektor in der Volkswirtschaft, der kommunale Wohnungsbau, die Tarifhoheit der Gewerkschaften, der Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld u. a. m.). 1918/19 wurden Chancen vertan, das Kräfteverhältnis in Deutschland nachhaltig zu verändern und damit die Erfolgsaussichten für eine spätere konterrevolutionäre Entwicklung zu verbauen.

1975 formulierte der Westberliner Historiker Reinhard Rürup in diesem Zusammenhang: Es sei unbestreitbar, dass die 1918/19 getroffenen Entscheidungen „für das Schicksal der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und im Hinblick auf die ‚Machtergreifung‘ des Nationalsozialismus für die allge-

meinen weltgeschichtlichen Entwicklungen unseres Jahrhunderts von grundlegender Bedeutung sind.“²⁸

Ein bedeutendes Instrument der Kontinuität vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Faschismus war die Armee. Dem nach wie vor von Adligen dominierten Offizierskorps galt die untergegangene Hohenzollern-Monarchie als ideale Staatsform. Nach dem verlorenen Krieg verstanden sie die Reichswehr als den wichtigsten innenpolitischen Ordnungsfaktor. Vor allem aber galt: Sie sollte – ungeachtet der bekannten Beschränkungen, die im Vertrag von Versailles formuliert worden waren – als Keimzelle für den zweiten Anlauf eines „Griffs nach der Weltmacht“ dienen. Dies war der Kern ihres Selbstverständnisses und zugleich Konsensus für fast alle bürgerlichen Kräfte, nicht nur für die Konservativen, in der Weimarer Republik seit dem ersten Tage ihrer Existenz. Es ging um die militärische Flankierung der „Revisionspolitik“, die von allen Regierungen der Weimarer Republik, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung, betrieben wurde.²⁹ Dabei stand die Nichtanerkennung der deutschen Grenzen im Osten gegenüber der Tschechoslowakei und Polen im Mittelpunkt, aber auch an eine spätere Revanche gegenüber Frankreich wurde bereits gedacht.

Fritz Fischer schreibt zusammenfassend zu den Zielen der damaligen deutschen Revisionspolitik: „Eine Linie der Kontinuität weist auch die deutsche Außenpolitik nach 1919 auf. Das, was die Geschichtsschreibung allzu unschuldig ‚Revisionismus‘ genannt hat, bedeutete, dass das Reich, jedenfalls die an den Schalthebeln der Macht verbliebenen Eliten, nicht bereit waren, die aus dem Krieg sich ergebende neue Ordnung Europas ... anzuerkennen, sondern entschlossen waren, ihn so oder so zu verändern; es waren vor allem Auswärtiges Amt, Reichswehr, Reichswirtschaftsministerium, die Rechtsparteien und die ihnen entsprechenden ökonomisch-sozialen Gruppen. *Ihr Ziel war die Wiederaufrichtung der deutschen Großmachtstellung in Europa und schließlich in der Welt ...*“³⁰

Es verdient hervorgehoben zu werden: Keine einzige der seit 1919 amtierenden Regierungen war bereit, den Status quo im Osten völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, auch nicht die von 1923 bis 1929 regierenden Kabinette, denen Gustav Stresemann als Reichskanzler bzw. Außenminister angehörte. Ungeachtet der Reduzierung des Heeres auf 100 000 Mann wurde von der Reichswehr insgeheim an Plänen gearbeitet, die eine forcierte Aufrüstung materiell-technisch vorbereiteten und die Führung neuer Kriege militärstrategisch detailliert planten.³¹ Der schon zitierte Oberstleutnant Joachim von Stülpnagel hatte am 12. Januar 1924 in einem Vortrag im Reichswehrministerium in dankenswerter Offenheit formuliert, „dass das Diktat von Versailles *nur der Abschluss eines Kriegsabhmitts*“³², keineswegs aber des Krieges selbst gewesen sei. Worum es jetzt ging, war vor allem die geheime Aufrüstung mit Hilfe der alten Rüstungskonzerne, u. a. bei Borsig in Berlin, wo Waffen in einem vom übrigen Werksgelände sorgsam abgeschirmten Bereich hergestellt wurden³³ sowie das nicht zuletzt auf einen „begrenzten Krieg“ mit Polen ausgerichtete Rüstungsprogramm von 1932, auf das Hitler und seine Generäle ab 1933 aufbauen konnten. Es ging seit der Revolution von 1918/19 um die Organisierung und Bewaffnung von paramilitärischen Milizen (Heimatschutz, Grenzschutz) und die aktive Unterstützung sowie die insgeheim vollzogene Integration der Freikorps in die reguläre Armee sowie um die systematische Kooperation mit den militaristischen Wehrverbänden, in erster Linie mit dem „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“, vereinzelt auch schon mit der SA. Schließlich blieb die Aufrechterhaltung der Exklusivität des immer noch von Adligen dominierten Offizierskorps erhalten, während die politische Kontrolle der Reichswehr vollkommen unzureichend war.

Bereits im Mai 1919 hatte Generalleutnant Wilhelm Groener, Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, in einem internen Vortrag vor Staboffizieren in dankenswerter Offenheit geäußert, kaum dass die Niederlage des wilhelminischen Deutschland besiegelt worden war: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben. Dazu gehört aber, dass der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt. (...) Wir haben meines Erachtens für unsere Zukunft alles gewonnen, wenn ... unsere Jugend die politischen Führer findet, die, den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragend, die alte törichte deutsche Parteibildung beseitigen. (...) Dann sehe ich nicht ein, warum wir nicht wieder vorwärtskommen sollten ...“³⁴

Dieses Programm war aber im Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie nicht zu realisieren. Hierzu bedurfte es einer offen diktatorischen Staatsmacht, die bereits vor der Entfesselung eines neuen Krieges die kommunistischen und die sozialdemokratischen Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch bürgerlich-demokratische Kräfte, durch die Ausübung bzw. die Androhung des Terrors niederhielt bzw. neutralisierte. Insofern war es nur die NSDAP, deren Programmatik für die kompromisslose Realisierung eines solchen Kurses in Frage kam.

Kriegsvorbereitungen, wie sie Groener skizzierte, waren mit bürgerlichen Koalitionsregierungen, bei Aufrechterhaltung der Presse- und Versammlungsfreiheit, bei Koalitionsfreiheit für Gewerkschaften und andere Verbände – um nur diese Punkte zu nennen – undenkbar. Ein zweiter „Griff nach der Weltmacht“ unter den damals obwaltenden konkret-historischen Bedingungen erforderte vielmehr die Faschisten an den Hebeln der Regierungsmacht. Hier existierte eine fast vollständige Interessenidentität des deutschen Faschismus mit dem alten Militarismus der wilhelminischen Ära. Deshalb war es auch alles andere als ein Zufall, dass viele Offiziere der Reichswehr mit den Faschisten sympathisierten und ehemalige Generäle wie z. B. Ewald von Massow, Wilhelm Faupel, Karl Litzmann und Magnus Levetzow bereits vor 1933 den Weg in die Nazipartei fanden und hier eine überaus aktive Rolle spielten.

So durchmischen sich Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der historischen Entwicklung Deutschlands, wenn man als Fluchtpunkt den 30. Januar 1933 ins Visier nimmt. Am Ende entschieden nicht die Wählerinnen und Wähler, sondern die alten Eliten, die Herrschenden, welcher Ausweg aus der bis dahin beispiellosen ökonomischen und politischen Krise in der Endphase der Weimarer Republik beschritten wurde. Vor allem eine rasch anwachsende Zahl leitender Herren der Großindustrie und der Banken stellten schließlich die Weichen, wohl wissend, wem sie die Macht übertrugen. Repression nach innen, Expansion nach außen – so lautete ihr Motto.

Zum Schluss möchte ich noch einmal Fritz Fischer zu Wort kommen lassen, der in seiner Schrift „Bündnis der Eliten“ resümiert: „Das Dritte Reich und damit der Zweite Weltkrieg wären nicht möglich gewesen ohne das Bündnis zwischen dem ... ‚Führer‘ ... und den traditionellen agrarischen und industriellen Machteliten, die zugleich in der Wehrmacht und in der Diplomatie dominierten.“

Sie repräsentierten die Kontinuität der national-staatlichen Überlieferung in besonders hohem Ausmaß. Sie hatten den Aufstieg Deutschlands vor 1914 noch bewusst erlebt, und ihnen waren alle Varianten der ökonomisch und militärisch begründeten deutschen Großmachtpolitik gegenwärtig. Ohne sie wäre eine so massive Aufrüstung und die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitungen nicht möglich gewesen. Das Ziel *war für sie die Wiederaufrichtung der deutschen Großmacht über die bloße Revision von Versailles hinaus, vor allem mit Blick auf Osteuropa, auf ein Ostimperium, das die weltwirtschaftliche Autarkie sicherte.* (...) Doch so singulär die verbrecherisch-unmenschlichen Züge der Hitler-Diktatur waren, es würde eine unzulässige Verkürzung der historischen Wirklichkeit sein, das Dritte Reich allein von diesem Geschehen aus zu sehen. Vielmehr ist es nötig, die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Deutschen Reichs zu analysieren, sich das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System zu vergegenwärtigen.“³⁵

Angesichts der Beteiligung deutscher Truppen an zahlreichen Kriegen weltweit, verschämt „Auslandseinsätze“ genannt, und angesichts einer Spitzenstellung Deutschlands bei den Rüstungsexporten, bleiben die Forschungen Fritz Fischers und seiner Schüler sowie der Historiographie der DDR zu beiden Weltkriegen und ihren Ursachen von leider brennender Aktualität.

Anmerkungen

- 1 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Aufl., Wiesbaden 1946, S. 39. Hervorhebungen von mir – R. Z.
- 2 Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946 u. ö.
- 3 Albert Norden: Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1947, u. ö.
- 4 Derselbe: So werden Kriege gemacht. Über Hintergründe und Technik der Aggression, Berlin 1950, u. ö.

- 5 Siehe W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: derselbe, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 189 ff.
- 6 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (1910). Mit einem Vorwort von Fred Oelssner, Berlin 1947.
- 7 Nach wie vor zu dieser Thematik besonders lesenswert und erstaunlich aktuell ist Dieter Klein: Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Berlin-West 1981 (Zeitschrift „Konsequent“, Sonderheft 5).
- 8 Siehe Dieter Baudis u. Helga Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978; Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978; Lotte Zumppe: Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1945.
- 9 Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961, u. ö.; derselbe: Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus – Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten, Düsseldorf 1977; Imanuel Geiss: Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik, in: derselbe: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. 1972, S. 108 ff.
- 10 Siehe Rudolf Augstein u. a.: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987. Fundierte marxistische Kritik am „Historikerstreit“ findet sich bei Rolf Richter: Vergangenheit, die nie vergeht – Zum „Historiker-Streit“ in der BRD, in: Reiner Zilkenat, Hrsg.: Deutschland im 20. Jahrhundert. Aus dem Nachlass von Rolf Richter, Berlin 2011, S. 82 ff.
- 11 Siehe Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 – 1945, Düsseldorf 1979 u. derselbe: Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1992.
- 12 Siehe Dokumente zur deutschen Geschichte 1914 – 1917, hrsg. von Dieter Fricke, bearbeitet von Willibald Gutsche, Berlin 1977, S. 42 ff.
- 13 Siehe ebenda, S. 37 f., 41 f. u. 46 f.
- 14 Siehe hierzu den in der Anmerkung 9 genannten Aufsatz von Imanuel Geiss.
- 15 Fritz Fischer: Hitler war kein Betriebsunfall, S. 180 f. Hervorhebungen von mir – R. Z.
- 16 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 – 1933. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399 ff; derselbe: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 – 1934. Thesen und Materialien zur Konstituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, 1976, S. 19 ff.; Manfred Asendorf: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 106 ff.
- 17 David Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren, 1. Bd., Berlin 1933, S. 43. Siehe zu dieser Thematik die jüngst veröffentlichte Studie von Wolfram Wette: 1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2014, S. 41 ff.
- 18 Siehe Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge, Berlin 1975.
- 19 Siehe Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann: Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1977.
- 20 Erich Matthias u. Hans Meier-Welcker, Hrsg.: Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920 – 1922, Düsseldorf 1979 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 2. Reihe: Militär und Politik, Bd. 3), Dok. 96, S. 176. Oberst v. Thaeer diente als Regimentskommandeur in Schlesien.
- 21 Ebenda, Dok. 52, S. 112.
- 22 Ebenda, Dok. 163, S. 243. Hervorhebungen im Original – R. Z.
- 23 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden: BArch), R 8005/59, Bl. 89.
- 24 BArch, R 72/36, Bl. 99 f.
- 25 Der Nationalsozialist, Nr. 226, 25. 9. 1932 (in: BArch, R 1501/125951, Bl. 23).
- 26 Siehe hierzu die zahlreichen Arbeiten von Jürgen W. Falter. Hier seien genannt: Die Wähler der NSDAP 1928 – 1933. Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft, in: Wolfgang Michalka, Hrsg.: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 47 ff.; derselbe: Hitlers Wähler, München 1991. Siehe auch Thomas Childers: The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, Chapel Hill u. London 1983.
- 27 Siehe Dirk Stegmann: Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594 ff. u. Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930 – 1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 35 ff.
- 28 Reinhard Rürup: Einleitung, in: derselbe, Hrsg.: Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 7 f.
- 29 Siehe Wolfgang Ruge: Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925 – 1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 22. Jg. 1974, H. 3, S. 273 ff.; Michael Salewski: Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 22. Jg., 1974, H. 2, S. 121 ff.; Klaus Megerle: Weltwirtschaftskrise und Außenpolitik. Zum Problem der Kontinuität der deutschen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Geschichte als politische Wissenschaft. Sozialökonomische Ansätze, Analyse politikhistorischer Phänomene, politologische Fragestellungen in der Geschichte, hrsg. von Jürgen Bergmann u. a., Berlin 1979, S. 116 ff.; Michael Salewski: Das Weimarer Revisionsyndrom, in: aus politik und zeitgeschichte, 18. 1. 1980, S. 14 ff.
- 30 Fritz Fischer: Bündnis der Eliten, S. 75, Hervorhebungen von mir – R. Z.
- 31 Siehe Michael Geyer: Das Zweite Rüstungsprogramm (1930 – 1934), in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 17, 1975, H. 1, S. 125 ff.

- 32 Erich Matthias u. Hans Meier-Welcker, Hrsg.: Die Anfänge der Ära Seeckt, Dok. 184, S. 268. Hervorhebungen von mir – R. Z.
- 33 Im Protokoll einer vertraulichen Unterredung Ernst von Borsigs vom 12. 8. 1931 im Reichswirtschaftsministerium mit Generalleutnant von Bockelberg und zwei weiteren Offizieren der Reichswehr sowie einem Referenten des Ministeriums heißt es u. a., das Gebäude in der Veithstraße sei „ganz speziell zur Herstellung von Granaten und Zündern gebaut“ worden. Diese Abteilungen würden den „modernsten Teil des Werkes“ darstellen; das Gebäude sei „außerdem vom Werkganzen besonders abgetrennt und durch besonderen Zugang von der Straße zugänglich“. Landesarchiv Berlin, A. Borsig, A Rep. 226, Nr. 247 unfol.
- 34 Zitiert nach: Weltherrschaft im Visier, Dok. 62, S. 165.
- 35 Fritz Fischer: Bündnis der Eliten, S. 93 ff.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

Zur Kontinuität der deutschen Machteliten, ihrer Konzepte und Apparate seit 1933

Der 30. Januar 1933 ist ein Datum der deutschen Geschichte, das schlechterdings nicht zu umgehen ist, was Medien und Politiker in diesem Jahre hinlänglich bezeugten. Die deutsche Bilanz von 1933 bis 1945 ist so katastrophal, dass niemand sich mit ihr identifizieren kann. Also ist Verschleierung und Abwälzung von Verantwortung angesagt. Entsprechend den Machtverhältnissen in diesem Lande ist wichtigstes Anliegen die Reinwaschung der wirtschaftlichen und politischen Eliten.

Nach wie vor – und in verschiedenen Varianten – hoch im Kurs steht beispielsweise die schon 1943 von Carl Goerdeler verkündete Schutzbehauptung, „der satanische daemonische Hitler“¹ sei letztlich an allem schuld; meist verbunden mit einer Schuldzuweisung an die „blinden“, „gläubigen“ Massen, die ihm gefolgt seien.

Besonders dreist schiebt der Historiker Götz Aly² den Massen die Verantwortung für die faschistische Diktatur zu, wobei er nicht nur den Nazifaschismus als „die erste moderne Volkspartei“ und Verfechter der „soziale(n) Gleichheitsidee“ skandalös verharmlost, ja geradezu feiert, die skrupellose Demagogie der Naziführer als *wahr* ausgibt, sondern auch ungehört die Geschichte auf den Kopf stellt, die real wirkenden politischen Kräfte und grundlegende Tatsachen wie die Wahlkatastrophe der Nazis und deren Auswirkungen Ende 1932 einfach unterschlägt. Doch dazu weiter unten mehr.

Aber dies sind nur *zwei* Argumentationsmuster. Ich verweise auf die Ausführungen Reiner Zilkenats auf unserer Konferenz Ende Juni dieses Jahres.³

Mehr oder weniger alle dem bürgerlichen systemkonformen Mainstream verhafteten Erklärungsmuster sollen letzten Endes *eine* grundfalsche, geschichtswidrige Vorstellung vermitteln: Was am 30. Januar 1933 und danach geschah, war eine *abnorme, nicht voraussehbare* Katastrophe. Sie war weder eine *Folge* der Entwicklung *bis* zum 30. Januar 1933, noch hatte sie Folgen für die *Fundamente* und Entwicklungen der BRD.

Die grundlegende *Kontinuität* der deutschen Machteliten, ihrer handlungsleitenden Konzepte und ihrer Apparate *vor* und *nach* 1933, *vor* und *nach* 1945 bis heute wird geleugnet.

Aber schon der Blick darauf, *wie* die faschistische Diktatur der deutschen imperialistischen Bourgeoisie errichtet wurde – oder im vulgarisierenden Jargon des bürgerlichen Mainstream: „Hitlers Aufstieg zur Macht“ – widerlegt alle derartigen Auffassungen.

I. Die Ablösung der Weimarer Republik durch die faschistische Diktatur war *nicht* „Hitlers Aufstieg zur Macht“!

Das am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, ernannte Kabinett Hitler – wie vor ihm die Kabinette Brüning, Papen und Schleicher – kam weder durch eine Wahlentscheidung noch durch eine parlamentarische Abstimmung und schon gar nicht durch eine Massenbewegung zustande, sondern durch Lobbyismus und politische Intrigen.

Die Nazifaschisten waren nach ihrer schweren Niederlage bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 auch nicht entfernt eine politische Kraft, die in der Lage gewesen wäre, „die Macht zu ergreifen“. Ihr Abstieg setzte sich im November und Dezember fort bei Landtags-

und Kommunalwahlen in Lübeck, Sachsen und Thüringen. Ihre Niederlage löste in der Nazi-partei eine tiefe Krise, ja Auflösungserscheinungen aus. Am 8. Dezember legte Gregor Strasser, der „zweite Mann“ nach Hitler, alle seine Ämter nieder. Am gleichen Tage notiert Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels in seinem Tagebuch: „... die Gefahr besteht, daß die ganze Partei auseinanderfällt ... Die Lage in der Partei spitzt sich von Stunde zu Stunde zu. ... Der Führer ... verbittert ... sagt nur: ‚Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in 3 Minuten mit der Pistole Schluß!‘“⁴

Jetzt zeigte sich mit aller Klarheit, dass die Nazi-partei nicht in der Lage war, *aus eigener Kraft* in die Regierung zu kommen oder gar deren Führung zu erlangen. Selbst auf ihrem Höhepunkt, im Juli 1932 mit 37,4 % der Stimmen, war sie weit von einer absoluten Mehrheit entfernt; im November stimmten *mehr als zwei Drittel* der deutschen Wähler *gegen* sie.

Aber nun traten gewichtigere, die letztlich ausschlaggebenden Kräfte auf den Plan. Die eklatante Wahlniederlage der Nazis hatte die Kreise des Großkapitals, des Junkertums und des Militärs alarmiert, die am entschiedensten nach einem offen diktatorischen Regime drängten und nun einen Niedergang der Nazi-partei und damit ein Scheitern ihrer Bestrebungen befürchteten. Einer ihrer Akteure, der Kölner Bankier Kurt Frhr. v. Schröder, erklärte dazu während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov. 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus ... Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte ...“⁵

Ein Ausdruck dieser Bestrebungen war die bekannte, von Hjalmar Schacht initiierte Eingabe gewichtiger Großindustrieller, Bankiers und Großagrarier, die Hindenburg bereits am 19. November übergeben wurde und ihn aufforderte, Hitler als Reichskanzler zu berufen. Vor diesem Hintergrund des Artikulierens grundlegender Interessen stärkster und einflussreichster Kapitalgruppierungen liefen dann im Januar 1933 die bekannten Verhandlungen Papens (im Auftrage des Reichspräsidenten) mit Hitler, Hitlers mit Kirdorf und anderen führenden Unternehmern sowie mit Hugenberg.

Für die ausschlaggebenden Kräfte des Großkapitals und die mit ihnen verbundenen politischen und militärischen Machteliten waren die faschistische Nazi-partei und ihr Chef die optimale politische Variante. Mit ihnen verband sich mehr als mit jeder anderen politischen Kraft die Erwartung auf eine rücksichtslose, vor nichts zurückschreckende Durchsetzung ihrer Profit- und Machtinteressen, der hemmungslosen terroristischen Bekämpfung aller Gegner dieser Interessen, verbunden mit einer weitgehenden (alle reaktionären Konkurrenten übertreffenden) Fähigkeit, durch skrupelloseste und dreisteste Demagogie Massen irrezuführen, sie systematisch zu beeinflussen und längerfristig zu kontrollieren. Aus diesen Besonderheiten erklärt sich auch, dass die Nazis nach der ihre Förderer enttäuschenden Wahlniederlage vom November nicht fallengelassen, sondern gestützt wurden.

Das Wirken dieser Kräfte manifestierte sich in der Entscheidung Hindenburgs, Hitler die Reichskanzlerschaft zu übertragen und das von diesem mit Papen ausgehandelte Kabinett zu ernennen – ohne die geringste Berücksichtigung des Reichstags, ohne jede Konsultation mit dessen Gremien und Fraktionen. Durch seine umgehende Auflösung wurde dem Reichstag nicht einmal die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben – in der zweifellos zutreffenden Annahme, diese würde ablehnend sein. Hier drückt sich die Tatsache des Bestehens einer faktischen *Präsidialdiktatur* aus, ohne die diese Vorgänge *nicht möglich* gewesen wären. Hier wurde deutlich, dass in den vorangegangenen Jahren eine allmähliche, schrittweise Veränderung der politischen Machtverhältnisse *vollzogen* worden war, ein unausgesprochen, aber höchst *realer* Verfassungswandel – weg von der parlamentarischen Demokratie, hin zu einem Präsidialregime.

Es ist an dieser Stelle angebracht, einen Blick zurück auf die Herausbildung dieses Systems und seiner Elemente zu werfen. Bereits im November/Dezember 1927 forderten die Unternehmerverbände – die die parlamentarische Demokratie zunehmend als Hemmnis der

Profitmaximierung und erneuten imperialistischen Expansion empfanden – von der Regierung, „den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage“ aufzunehmen, legislative und administrative Veränderungen zu vollziehen, die „eine sehr einschneidende Verfassungsänderung“⁶ bedeuten würden. Im September und Dezember 1929 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) – Vorläufer des BDI – einschneidende sozialreaktionäre Maßnahmen und erklärte offen, dass dies unter einem parlamentarischen Regime nicht durchführbar sei und deshalb auf die Ausschaltung des Reichstages Kurs genommen werden soll. Es wurde die Forderung nach „einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“ und nach einem *Ermächtigungsgesetz* erhoben und verlangt, „durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann“⁷. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung vollzog sich 1928/29 auch ein Rechtsruck in den bürgerlichen Parteien. Im Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) übernahmen Vertreter der rechten Parteiflügel die Führung.

Mit diesen Intentionen des Großkapitals korrespondierten Bestrebungen der Militärs, stärkeren Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung zu gewinnen. Bereits in der Regierungskrise Ende 1926 hatte die von Oberst v. Schleicher geleitete, für politische Fragen zuständige Wehrmacht Abteilung im Reichswehrministerium dem Reichspräsidenten die Berufung einer stark rechtsorientierten Regierung empfohlen (was auch geschah) und für den Fall, dass eine solche nicht zustande käme, die Einsetzung eines Präsidialkabinetts.

Dieser Schritt wurde im März 1930 getan. Hindenburg ernannte – erstmals in der Weimarer Republik – ein Präsidialkabinett unter dem Zentrums-Politiker Brüning, das zunehmend – und bald überwiegend – mit präsidialen Notverordnungen (statt parlamentarischer Gesetze) regierte, das parlamentarische Regierungssystem schrittweise abbaute⁸ und rigoros die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkte.

Damit wurde der erste, grundlegende Schritt auf dem Wege in die faschistische Diktatur getan.

Von nun an amtieren nur noch Präsidialkabinette. Die bürgerlichen Parteien und die SPD werden durch Drohungen mit der Auflösung und der Neuwahl des Reichstages unter Druck gesetzt und gefügig gemacht. Sie *unterstützen* den sukzessiven Ausbau der Präsidialdiktatur, indem sie die Notverordnungspolitik hinnehmen und gegen diese gerichtete kommunistische Anträge niederstimmen, vor allem aber durch immer häufigere und längerfristige Vertagungen den Reichstag mehr und mehr lähmen, die Möglichkeiten der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Präsidialregime immer weiter einschränken.

Jetzt gewinnt die Reichswehrführung *maßgeblichen* Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik. Fortan spricht bei allen Regierungsbildungen, -umbildungen und -entlassungen die hinter den Kulissen agierende Reichswehrführung das entscheidende Wort.

Gefördert und noch gefährlicher wurde dieser Prozess durch eine von der politischen Rechtsentwicklung (seit 1927/28) ausgelöste und vorangetriebene Umschichtung im bürgerlichen Parteiensystem und seiner Wählerbasis. Begünstigt durch die sich seit 1929/30 entwickelnde Weltwirtschaftskrise mit ihren sozialen und mentalen Auswirkungen gelang es der – 1928 noch marginalen, ja rückläufigen – faschistischen Nazi-Partei Hitlers, bei der Reichstagswahl im September 1930 *auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien* zweitstärkste Partei nach der SPD und wählerstärkste *bürgerliche* Partei zu werden, während die anderen bürgerlichen Parteien erhebliche Einbußen erlitten oder in die Bedeutungslosigkeit versanken. Die rasante Zunahme der Nazi-Wählerschaft bis Sommer 1932 erklärt sich ja vor allem daraus, dass die Wähler der bürgerlichen Parteien durch diese darauf vorbereitet waren, immer weiter rechts zu wählen, in Krisensituationen sich für *rechte* „Lösungen“ zu entscheiden. Das erforderte gar keinen Sinneswandel, denn alle bürgerlichen Parteien waren militant antikommunistisch, nationalistisch und mit geringen Ausnahmen auch revanchistisch und antisemitisch. Ungeachtet der natürlichen Parteienkonkurrenz leisteten sie den Nazis objektiv unbezahlbare Zutreiberdienste. Dieser politische und geistige Zustand des bürgerlichen Lagers bildete eine unumgängliche Voraussetzung des Aufstiegs der Nazis zur größten und handlungsfähigsten *bürgerlichen* Partei.

Bereits am 6. Oktober 1930 traf Brüning sich insgeheim mit Hitler und bot ihm eine Zusammenarbeit einschließlich Regierungskoalitionen an. Außerdem wünschte er sich von

Hitler eine lautstarke Opposition, um französische und englische Zugeständnisse zu erpressen.⁹ In der Folgezeit betrieb er, immer bestärkt durch die Reichswehrführung, die baldmöglichste Einbeziehung der Nazis in die Regierung.¹⁰

Noch engeren Kontakt zu den Nazis hatte Generalleutnant v. Schleicher, dem Hitler im Oktober 1931 zusicherte, „daß unter gar keinen Umständen die Gefahr bestände, daß die SA-Organisationen etwa nach dem Beispiel der faschistischen Miliz als eine Art Konkurrenz der Reichswehr aufgezogen würden und daß er auch nicht beabsichtige, große Mengen SA-Führer und Mitglieder in die Reichswehr zu überführen. Der jetzige Bestand der Reichswehr sollte unangetastet bleiben und die Wehrpolitik keine Änderung erfahren.“¹¹ Die extrem chauvinistische, revanchistische und militaristische Einstellung des Nazifaschismus entsprach voll und ganz der Haltung und den Interessen der Militärclique und veranlasste sie zu dessen Förderung.

Unter diesen Bedingungen wuchsen auch die Möglichkeiten und der politische Einfluss der größtenteils reaktionären Staatsbürokratie enorm. Der Polizeiapparat (der vor allem sozialdemokratischen Politikern unterstand) schützte die Nazis und ähnliche Kräfte, gegen Kommunisten und andere Linke ging er mit perfiden Schikanen und – oftmals blutigem – Terror vor. Nicht anders agierte die (vom Kaiserreich übernommene) „republikanische“ Justiz. Nicht nur Kommunisten, auch Pazifisten, Freidenker, aufrechte bürgerliche Demokraten und linke Intellektuelle unterlagen einer rigiden politischen Verfolgung.

Sehr treffend charakterisierte die KPD diese ganze Entwicklung als einen *Prozess der Faschisierung*, des allmählichen, schrittweisen *Überganges* zur faschistischen Diktatur. Sie hatte schon im Frühjahr 1929 eine sich abzeichnende faschistische Gefahr signalisiert, deren Triebkräfte analysiert und bereits auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 die besondere Gefährlichkeit der faschistischen Nazi-Partei herausgearbeitet – *lange* bevor der Übergang zur Präsidialdiktatur vollzogen wurde und die Nazis ihren aufsehenerregenden Wahlerfolg vom September 1930 erzielten.¹² Deshalb vermochte sie auch schon Anfang Juni 1930 klar die wichtigste Besonderheit dieses Faschisierungsprozesses zu bestimmen: dass er „sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat“¹³ erfolgt. Im Februar 1931 konkretisierte Ernst Thälmann: „Ein Zustand jedoch, in dem sich die Bourgeoisie bereits faschistischer Herrschaftsmethoden bedient, andererseits die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht den ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst.“¹⁴

Es war verhängnisvoll, dass die SPD – zu dieser Zeit noch wählerstärkste Partei und die wichtigsten Organisationen der Arbeitermassen, die Freien Gewerkschaften, *beherrschend* - dieser gefährlichen politischen Entwicklung – der *Faschisierung* – nicht entgegenwirkte, sondern durch die *Tolerierung* Brüning's unterstützt und in Regierungspositionen – vor allem in Preußen – an ihrer Durchsetzung direkt mitwirkte.¹⁵

Ausgehend von der – durch die SPD sichergestellte – Wiederwahl Hindenburgs im April 1932 erfolgte eine weitere Stärkung der Präsidialdiktatur. Am 20. Juli 1932 wurde durch einen von der Reichswehr militärisch abgesicherten Staatsstreich die SPD-geführte Regierung Preußens abgesetzt und damit das drei Fünftel Deutschlands umfassende Land mit dem größten Staats- und insbesondere Polizeiapparat in die unmittelbare Verfügungsgewalt des Präsidialkabinetts gebracht.

II. Der *Abschluss* des Faschisierungsprozesses 1933

Als Hitler und sein Kabinett am 30. Januar 1933 von Hindenburg eingesetzt wurden, fanden sie sowohl ein von ihren Vorgängern seit 1930 entwickeltes und erprobtes System antidemokratischen und antiparlamentarischen Regierens als auch einen auf die rücksichtslose Bekämpfung der Linken eingestellten und eingespielten Repressions- und Terrorapparat vor. Beides funktionierte reibungslos für die neue Koalitionsregierung der äußersten Rechten. Bezeichnend war auch, dass als erstes Regierungsmitglied – zwei Stunden vor allen anderen – der Reichswehrminister, Generalleutnant v. Blomberg, ernannt und vereidigt wurde. Für alle Fälle sollte eine eventuell notwendige militärische Absicherung des Installierens der neuen Regierung gewährleistet werden.

Selbst auf dem Kulminationspunkt des Faschisierungsprozesses erwiesen sich *legale, verfassungsmäßige* Institutionen der Staatsmacht wie das Reichspräsidentenamt und die Reichswehr als *die entscheidenden Hebel der Faschisierung, die eigentlichen Geburtshelfer der faschistischen Diktatur*.

Ohne das Wirken der ihr vorausgehenden Regierungen Brüning, Papen und Schleicher und deren Resultate wäre die Hitler-Regierung *unmöglich* gewesen.

Die Generalität der Reichswehr war auch die erste einflussreiche gesellschaftliche Gruppe, zu der – bereits am 3. Februar – der neue Reichskanzler persönlichen Kontakt aufnahm. Ein Kernsatz seiner Ausführungen in dieser Zusammenkunft lautete: „Entscheidend steht über allem die Wehrpolitik, da sicher ist, daß die letzten Konflikte durch Gewalt ausgetragen werden müssen.“¹⁶ Von dieser Prämisse ausgehend, machte er den Generalen klare Zusagen in drei für sie entscheidenden Fragen. *Erstens* würde er alle ihre illegalen Aufrüstungsmaßnahmen und –pläne maximal unterstützen und gegen jegliche Störung absichern. *Zweitens* werde er (wie er schon im Oktober 1931 Schleicher versichert hatte) keinerlei Einmischung in ihre Kompetenzen dulden, auch nicht seitens der Nazi-Partei und ihrer SA. *Drittens* wolle er in Deutschland nicht nur den „Marxismus“ (gemeint war die Arbeiterbewegung), sondern auch alle antimilitaristischen und pazifistischen Tendenzen ausrotten. Diese Positionierung sicherte den Nazis die weitere, noch rückhaltlosere Unterstützung der Militärs.

Durch die Reichstagsauflösung und die Ansetzung der Neuwahl auf den 5. März erhielt die Hitler-Regierung die Möglichkeit, fünf Wochen ohne jede parlamentarische Kontrolle zu regieren. Sie nutzte sie, um den staatlichen Unterdrückungsapparat auf Hochtouren zu bringen, u. a. durch die Aufstellung einer Hilfspolizei aus Angehörigen von SA, SS und Stahlhelm sowie die Einsetzung von Sondergerichten, und die KPD faktisch in die Illegalität zu drängen.

Die wichtigste Rolle kam dabei der Polizei zu, namentlich der preußischen, und sie erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen. Das war das natürliche Ergebnis ihrer bisherigen Entwicklung, ihres Auf- und Ausbaus unter der Leitung der sozialdemokratischen Innenminister Severing und Grzesinski und ihrer Mitarbeiter auf den verschiedenen Ebenen. Schon im April 1920 in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung hatte Severing unmissverständlich Sinn und Zweck der preußischen Polizei erläutert: „Wir werden eine straffe Truppe mit straffer Disziplin aufstellen, die geeignet ist, den Bolschewisten von rechts und links zu begegnen.“¹⁷ Über das, was dabei herauskam, urteilte Carl v. Ossietzky: „eine verhetzte, wildgemachte Bürgerkriegstruppe“ und „einseitig gegen Links gedrillt“¹⁸.

Deshalb gab es nach dem „Preußen-Schlag“ vom 20. Juli 1932 in der preußischen Polizei auch nur minimale Veränderungen.¹⁹

Zurecht unterstreicht der Berliner Historiker Laurenz Demps die Konsequenzen des am 25./26. November 1932 abgehaltenen Planspiels der Reichswehrrführung²⁰ für die Tätigkeit des Polizeiapparats. Interessant sind vor allem zwei Schlussfolgerungen. Zum einen die Festlegung, Listen für Massenverhaftungen im Falle eines Ausnahmezustandes aufzustellen. Auf Grund eben dieser *vorbereiteten* Listen erfolgten die Massenverhaftungen in der Reichstagsbrandnacht. Zum anderen der Entschluss, Hilfspolizeiverbände zu formieren – realisiert durch die entsprechende Anordnung Görings (als kommissarischer preußischer Innenminister) vom 22. Februar 1933.²¹ Mit Recht betonte Demps, dass die Initiative dazu nicht von der SA, sondern vom Innenministerium ausging. Bezeichnend für die *führende* Rolle des *Staatsapparats* bei dieser Maßnahme ist, dass dem Stabschef der SA, Röhm, der die Masse dieser Hilfspolizisten stellte, von Görings rechter Hand, Dr. Ludwig Grauert – einem Vertrauensmann der Ruhr-Monopole, seit Mitte Februar Leiter der Polizeiabteilung, ab März Staatssekretär im preußischen Innenministerium – sogar der Aufruf übersandt wurde, den er aus diesem Anlass an die SA zu richten hatte.²²

Besonderes Augenmerk wurde der Stärkung der Politischen Polizei zugewandt. Anfang Februar 1933 wurde der Oberregierungsrat Dr. Rudolf Diels – zu Zeiten Severings in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums tätig – zum Leiter der Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums (d. h. der Zentrale der Politischen Polizei Preußens) ernannt. Am 26. April 1933 wurde diese Abteilung aus dem Berliner Polizeipräsidium herausgelöst und als „Geheimes Staatspolizeiamt“ (Gestapa) eine selbständige, dem Innenminister Göring direkt unterstellte Landespolizeibehörde mit Diels als Chef. Das war die Geburt der Gestapo.²³

Auch nach dem 30. Januar 1933 hielten sich die personellen Veränderungen in der Polizei in sehr engen Grenzen. Aus der preußischen Schutzpolizei, Landjägerei (Gendarmerie) und Gemeindepolizei wurden bis Ende 1933 insgesamt 1294 Beamte (1,8 %) entlassen oder in den Ruhestand versetzt, davon 257 in Offiziersrängen (8,2 %), aus der Kriminalpolizei 103 Beamte (1,5 %). Von dem dafür neu eingestellten Personal kamen 10 % aus dem Stahlhelm, die übrigen aus Nazi-Organisationen.²⁴

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, dem alle bürgerlichen Parteien am 23. März geschlossen zustimmten, zeigte, dass es außerhalb der Arbeiterbewegung kaum Widerstand gegen den Ausbau der faschistischen Diktatur gab. Das am 7. April erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums diente in der Praxis am meisten der antisemitischen, rassistischen Diskriminierung und Ausgrenzung; ansonsten ging seine Wirkung quantitativ nicht über die Veränderungen im Polizeiapparat hinaus. Im Bereich des Auswärtigen Amtes tendierte diese gegen Null. „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, führten die deutschen Diplomaten auch im Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich ihre Tätigkeit bruchlos fort.“²⁵ Auch ist festzustellen, „dass von einer Übernahme wichtiger Funktionen durch Außenseiter, die von der [Nazi-] Partei protegiert ins Amt kamen, nicht die Rede sein kann“²⁶.

III. Wer herrschte 1933 – 1945 in Deutschland?

Die Regierung unter Hitler rechtfertigte von Anfang an die Erwartungen der sie unterstützenden Kreise des Großkapitals und des Militärs. Die konsequente, ja brachiale Realisierung von deren Interessen unter Anwendung der effektivsten Methoden (diktatorische Administration, Terror und zielgerichtete, wirkungsvolle Demagogie) war der *wesentliche* Inhalt ihrer Politik.

Wie sehr sich Hitlers wichtigste Förderer aus dem Großkapital der Bedeutung der (wesentlich durch ihre Bemühungen zustande gekommenen) neuen Regierung für die Durchsetzung ihrer Interessen bewusst waren, zeigte ein von Göring und Hjalmar Schacht organisiertes geheimes Treffen Hitlers und Görings am 20. Februar mit 26 Großindustriellen und Bankiers – unter ihnen der Vorsitzende des RDI, Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach, Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Georg v. Schnitzler (IG Farben), Friedrich Flick und der Bankier Kurt v. Schröder. Ein Ergebnis des Treffens war, dass die beteiligten Konzerne und Banken drei Millionen Mark für den Wahlfonds der Nazis spendeten. Am 30. Mai konstituierte sich unter dem Vorsitz Krupps ein vom RDI und von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände getragenes Kuratorium für eine (bis 1945 tätige) „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“.

Hitler ließ nicht den geringsten Zweifel daran, dass er mit aller Konsequenz die Interessen des Großkapitals wahrnehmen würde. In der Phraseologie zutiefst demagogisch, aber für jeden Kapitalisten völlig unmissverständlich betonte er in seiner Reichstagsrede zum Ermächtigungsgesetz am 23. März: „Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative unter Anerkennung des Privateigentums.“²⁷ In diesem Sinne untersagte die Führung der Nazi-Partei bereits am 7. April allen faschistischen Organisationen strikt jegliche Einmischung in die Wirtschaft. Am 15. Juli berief Hitler einen aus 17 Monopolkapitalisten – unter ihnen Krupp, Carl Friedrich v. Siemens, Fritz Thyssen, Albert Vögler, Carl Bosch (IG Farben) und Bankier v. Schröder – bestehenden „Generalrat der deutschen Wirtschaft“.

Die Hitler-Regierung erfüllte einen Wunschtraum des Kapitals, indem sie schon im Mai 1933 die Gewerkschaften zerschlug. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 erklärte die Unternehmer zu „Betriebsführern“, denen die Arbeiter und Angestellten sich als „Gefolgschaft“ unterzuordnen hatten. Die staatliche Begünstigung des großen Kapitals übertraf dessen dreisteste Forderungen und kühnste Erwartungen. Die Löhne wurden auf dem Stand von 1932 eingefroren, dem ein „Weltrekord an Lohnkürzungen“ (H. R. Knickerbocker) durch die Regierungen Brüning und Papen vorausgegangen war. Damit vollbrachte die Regierung Hitler den größten Lohnraub der deutschen Geschichte. Es ist eine dreiste Apologie dieser Politik im Interesse des Großkapitals, geradezu eine Verherrlichung des Naziregimes, wenn beispielsweise Götz Aly diese Realitäten unterschlägt und

dafür lächerliche Almosen, wie die Senkung von Krankenschein- und Rezeptgebühren nicht nur als soziale Verbesserungen, sondern obendrein als „sozialpolitische Geschenke“ aus gibt, obwohl sie nur ein schäbiger Bruchteil der den Werktätigen vorenthaltenen – faktisch *gestohlenen* – Löhne und Gehälter waren.²⁸

Vor allem profitierten die Wirtschaftsführer von der bald angekurbelten Wirtschaftskonjunktur, die vor allem eine Rüstungskonjunktur war. Der Anteil der Rüstungsausgaben am deutschen Nationaleinkommen stieg von 1933 bis 1937 von 3 auf 19 %. Seit 1938 überstiegen die Rüstungsausgaben die Summe der volkswirtschaftlichen Bruttoinvestitionen.²⁹ „Die Erweiterung der Produktionsgrundlagen der deutschen Industrie im Krieg war beispiellos. Der Investitionsschub der Jahre 1937 bis 1944 war einzigartig in der bisherigen deutschen Wirtschaftsgeschichte.“³⁰ „Deutschland stand am Ende des Krieges nachgewiesenermaßen mit einem stärkeren industriellen Potential da als vor dem Krieg. Der gewaltige Umfang der Investitionen in den Jahren 1939 bis 1944 hatte die Bomben- und anderen Kriegsschäden bei weitem aufgewogen. Das nutzbare industrielle Anlagevermögen lag im Mai 1945 um fast 20 Prozent höher (Zeitwert) als 1939.“³¹

Gemäß dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ (1934) wurden die Unternehmervverbände in Organisationen umgewandelt, der alle Unternehmen des betreffenden Wirtschaftszweiges obligatorisch angehörten. (So wurde z. B. aus dem RDI die „Reichsgruppe Industrie“.) Ihre Leitungen hatten die Rechte und Vollmachten staatlicher Exekutivorgane. Dieses System realisierte die Zusage Hitlers, „daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte“. Die Führungspositionen in den Reichsgruppen und ihren Untergliederungen besetzten Vertreter der größten Konzerne und Banken, die dort rücksichtslos die Interessen ihrer Monopole gegenüber den anderen Unternehmern durchsetzten. Niemals vor 1933 oder nach 1945 hat das Großkapital in solchem Umfange und so *unmittelbar Staatsgewalt ausgeübt* wie in der Nazizeit.

Diese *reale Politik* der Nazis als *führende Regierungspartei* zeigt klar das Wesen des Nazifaschismus als extremer Verfechter der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Seine ideologischen und organisatorischen Elemente wurden dieser gesellschaftlichen Funktion *angepasst*, ihr entsprechend *zurechtgeschnitten*. Was davon (einschließlich des jeweiligen Personals) sich als nunmehr überflüssig, ungeeignet oder gar störend erwies, wurde beiseitegeschoben (wie der Partei-„theoretiker“ Gottfried Feder samt dem von ihm verfassten *offiziellen* Parteiprogramm, über das Goebbels sich schon 1931 lustig macht – selbst Hitlers persönliche Verehrung für Feder konnte daran nichts ändern; oder der unter dem Einfluss Gregor Straßers aufgebaute wirtschaftspolitische Apparat) oder sogar eliminiert (wie SA-Chef Röhm und G. Straßer am 30. Juni 1934). Die Naziapartei und ihre Nebenorganisationen wurden zu *Hilfsorganen* für die Erfassung, Kontrolle und systematische Beeinflussung von Massen.

*Alle relevanten politischen und administrativen Entscheidungen fielen auf staatlicher Ebene – unter maßgeblichem Einfluss vom Großkapital dominierter Gremien und Institutionen, wie – abgesehen von den bereits erwähnten Reichsgruppen usw. – der Vierjahresplanbehörde, insbesondere der Reichsstelle bzw. dem Reichsamts für Wirtschaftsausbau und dem Generalrat des Vierjahresplans.*³²

Als *Regierungspartei*, entsprechend seiner *gesellschaftlichen*, seiner *Klassenfunktion*, erlangte der Nazifaschismus seine reife, endgültige Gestalt.

Durch ihr ganzes Handeln als Regierungspartei führten die Nazifaschisten ihre mit „antikapitalistischen“ Phrasen gespickte pseudosozialistische Demagogie ad absurdum und bewiesen, dass sie die *bürgerlichste* Partei waren, die Deutschland je gesehen hat.

IV. Wie ging und geht die BRD mit ihrem „braunen“ Erbe um?

Die Bundesrepublik war von ihren Anfängen an gekennzeichnet durch eine ungebrochene Kontinuität zum 1945 untergegangenen Deutschen Reich. Da die Gesellschaftsstrukturen, die Eigentumsverhältnisse nicht verändert wurden, wurden aus den Wehrwirtschaftsführern Hitlers die Wirtschaftskapitäne der BRD. Das politische und geistige Klima in der bundesdeutschen „Wirtschaft“ ist allein schon dadurch hinreichend gekennzeichnet, dass sie an die Spitze der beiden wichtigsten Unternehmervverbände, des BDI und des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände, mit Hanns Martin Schleyer einen Nazi-Studentenführer, SS-

Sturmbannführer und leitenden Nazibeamten im "Reichsprotectorat Böhmen und Mähren" stellte.

Nicht weniger schlimm war es um den Staatsapparat bestellt. In Nordrhein-Westfalen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, kamen 1948 56 % der höheren Polizeibeamten aus der Nazipartei und der SS.³³ Das Grundgesetz der BRD wäre nicht angenommen worden, hätte es nicht den Art. 131 enthalten. Er setzte sich ein für „Personen ..., die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen ... und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden“ bzw. „versorgungsberechtigt waren und ... keine entsprechende Versorgung mehr erhalten“³⁴.

Das dazu am 11. Mai 1951 vom Bundestag verabschiedete Ausführungsgesetz, das berüchtigte „131er-Gesetz“, bewirkte die massenhafte Wiederverwendung der faschistischen Berufsbeamten und der ihnen gleichgestellten Berufssoldaten (einschließlich jener der SS) auch im zivilen Bereich *zu ihrem alten oder noch verbesserten Status*. Ihm zufolge waren auch die Beförderungen der Nazizeit wegen „urkundlich erwiesener persönlicher Tapferkeit vor dem Feind“ stets zu berücksichtigen. Weil ein großer Teil der „131er“ aus dem Osten oder aus nicht mehr bestehenden Behörden oder aus der Wehrmacht und SS kam, gab es in zahlreichen Ämtern der BRD viele Jahre mehr (ehemalige) Mitglieder der Nazipartei als zu Zeiten von Hitler und Himmler.

Der Grundgesetz-Artikel 131 und seine Folgen waren jedoch nicht nur eine personalpolitische Katastrophe. Nicht geringer war der politisch-moralische Schaden, den sie anrichteten; mussten sie doch wie eine Rehabilitierung, ja Würdigung der dem Naziregime geleisteten Dienste wirken. Die politische und geistige Perversion, durch den Bundestag die besonders eifrige Beteiligung an der deutschen Mordbrennerorgie 1939 – 1945 als „persönliche Tapferkeit“ zu würdigen, wurde noch übertroffen durch die Ungeheuerlichkeit, die vom Deutschen Reich überfallenen und geschundenen Völker, die Armeen der Antihitlerkoalition, die auch dem deutschen Volke die Freiheit brachten, noch im Nachhinein – sechs Jahre nach Hitlers Abgang, fünf Jahre nach den Urteilen von Nürnberg – vor dem deutschen Volk und der heranwachsenden Jugend per Bundesgesetz als „Feinde“ zu diffamieren.

Diese Politik trug maßgeblich dazu bei, das Geschichtsbild ganzer Generationen von Bundesbürgern nationalistisch und anti-antifaschistisch zu deformieren – und ebenso die zur gleichen Zeit massiv in Gang gebrachte Entlastung und Verherrlichung der Wehrmacht (des „deutschen Soldaten“), die in der BRD zum Ausgangspunkt und zur breitesten und festesten Grundlage für die Mohrenwäsche am Deutschen Reich, für die Rehabilitierung der reaktionären Eliten und für eine nationalistische Integration unter antikommunistischen Vorzeichen wurde. Die Entlastung des „unpolitischen“ deutschen Soldaten, die „wertfreie Würdigung“ seiner „soldatischen Leistung“ ohne Bezug auf deren Motiv und Zweck war *und ist* einer der wichtigsten Zugänge – vielleicht der wichtigste – von Massen, insbesondere von jungen Menschen, zu chauvinistischen, rechtsextremen, faschistischen Anschauungen und Haltungen. Dieses falsche, demagogische Bild vom deutschen Soldaten und der Wehrmacht ist auch eine der bedeutendsten Nahtstellen zwischen Konservatismus und Faschismus bzw. Neofaschismus.

Eine besonders große Rolle spielten diese Prozesse beim Auf- und Ausbau des Regierungsapparates in Bund und Ländern, der Polizei, der Justiz und der Bundeswehr. Zu den bewährten Nazikadern im Staatsapparat der BRD gehörten ein Bundespräsident, ein Bundeskanzler, 21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admirale, 828 hohe Richter, Staatsanwälte und Justizbeamte, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate.³⁵ Auch in den Parlamenten waren sie en masse präsent.

Besonders hoch waren Konzentration und Einfluss von Nazikadern im Staatssicherheitsdienst der BRD – gleich ob „Verfassungsschutz“, Bundeskriminalamt oder BND – sowie im Polizeiapparat.³⁶

In der bundesdeutschen Justiz äußerte sich die Kontinuität zum Nazistaat nicht nur im Personal, sondern auch im Geiste. Sehr überzeugend beispielsweise, wenn der Staatsanwalt für politische Strafsachen am Landgericht Lüneburg, Ottersbach – der bis 1945 als Ankläger am Sondergericht Kattowitz zahlreiche Todesurteile beantragt und durchgesetzt hatte -, angeklagten Kommunisten in der Verhandlung vorhielt: „Aus ihrer Inhaftierung in den Jahren 1933 bis 1945 haben sie nichts gelernt.“³⁷ Dieses Gericht stimmte mit solchen Gedan-

kengängen völlig überein und wertete deshalb – der gleichen *braunen* Logik folgend – in seinen Urteilen zugleich eine „vorbildliche Führung im Zweiten Weltkrieg als Soldat“ als strafmildernd, weil „der soldatische Einsatz in Gesinnung und Opferbereitschaft seinen Wert in sich selbst trägt“, unabhängig davon, „welche Ziele die politische Führung mit diesem Einsatz erstrebt“. ³⁸

Von großem Gewicht war die ungebrochene Kontinuität rechtskonservativer und nazistischer Kräfte im akademischen Bereich, vor allem in den Geisteswissenschaften, mit reichen Publikationsmöglichkeiten, die einen entscheidenden Beitrag zur oben angeführten politischen und geistigen Deformierung ganzer Generationen leisteten. ³⁹

Eine besonders wichtige Rolle spielten die bürgerlichen Medien, insbesondere konservative und neonazistische Presse- und Buchverlage sowie Studieneinrichtungen, namentlich die in der Grauzone von Konservatismus einerseits, Rechtsextremismus/Neonazismus andererseits angesiedelten. ⁴⁰

Alle diese negativen Entwicklungen wurden schwerpunktmäßig Ende der 40er und in den 50er Jahren *auf den Weg gebracht*. Es wäre ein naiver – und gefährlicher – Irrtum, anzunehmen, dass es deshalb Probleme der Vergangenheit und schon durch die „biologische Lösung“ erledigt seien. Im Gegenteil! Sie haben keineswegs an Schwungkraft eingebüßt. Die „Gründergenerationen“ haben ihre Wirkungsbereiche *geprägt* – weit über ihre Zeit hinaus.

Diese politischen und geistigen Positionierungen in ihrer Langzeitwirkung prägen heute mehr denn je die dominierenden politischen Leitbilder der BRD: Übernahme des „westlichen Wertesystems“ statt antifaschistischer Umgestaltungen; Akzeptanz des kapitalistischen Systems als (bei einigen – reparablen – Mängeln) alternativlose, reformoffene, entwicklungsfähige „moderne Zivilisation“ mit unbegrenzter Perspektive; Lobpreisung des bürgerlichen Herrschaftssystems als angebliche Verkörperung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; Apologie von Eurozentrismus, einer hegemonialen Rolle der BRD in Europa und als europäische Hegemonialmacht in der Welt. Dies schafft zugleich ein Treibhausklima für die Ausbreitung von Chauvinismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und die Akzeptanz autoritärer und diktatorischer Herrschaftsmethoden und –formen einschließlich einer Wiederbelebung von 1945 Gescheiterem.

V. Lehren der Geschichte

Die Kontinuität der deutschen Machteliten, ihrer Konzepte und Apparate ist nicht nur ein prägendes Element vergangener Entwicklungen, sondern auch gegenwärtiger und künftiger. Deshalb sind die einschlägigen geschichtlichen Erfahrungen keineswegs nur von historischem Interesse, sondern von großer aktueller Bedeutung. Was lehren sie?

Vor allem, dass das Großkapital in seinem Profit- und Machtdrang keinerlei Hemmungen kennt, vor keinen Verfassungsbrüchen, Staatsstreichen und sonstigen Gewaltakten zurückschreckt, dass sein Verhältnis zu demokratischen Rechten und Institutionen ein rein taktisches ist, dass es eine permanente Gefahr für demokratische Rechte und Freiheiten und auch für parlamentarisch-demokratische Regierungsformen darstellt. Dies gilt in besonderem Maße für das politische Agieren von Unternehmerverbänden und anderen kapitalistischen Interessenvereinigungen, namentlich ihrem Bestreben, die Medien zu beherrschen sowie den Staatsapparat und politische Parteien zu infiltrieren und zu instrumentalisieren.

Sehr klar zeigte sich immer wieder, welche Gefahren vom bürgerlichen Staatsapparat ausgingen, der ein bedeutendes Eigengewicht hat und reaktionäre Prozesse forcierte. Gerade unter diesem Aspekt sind die Kontinuitätsstränge von der Weimarer Republik über die faschistische Diktatur zur BRD von besonderem Interesse.

Ein wesentliches Problem sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien des bürgerlichen Parteienspektrums. So wäre Anfang der 30er Jahre ohne das *Wechselverhältnis* der Nazi- und der anderen bürgerlichen Parteien die Entwicklung nicht so reibungslos für die Reaktion verlaufen. In der BRD stellt sich dieses Problem als permanente Tolerierung rechtskonservativer und neonazistischer Parteien (zwischen denen es nie eine „chinesische Mauer“ gab) durch *alle* Regierungskoalitionen.

Eine weitere Grunderfahrung von den 30er Jahren bis heute ist die *reale Tatenlosigkeit* (kaschiert durch gelegentliche Alibi-„Aktivitäten“) des bürgerlichen Staates gegen rechts. Reale antifaschistische Aktivitäten gingen immer von den Linken, von den Massen aus.

Eines der negativsten, stets die Reaktion fördernde Phänomene von den 20er Jahren (Severing 1920: „Bolschewisten von rechts und links“; Kurt Schumacher 1931: „rotlackierte Faschisten“) bis heute ist die totalitarismustheoretische Gleichsetzung von Faschisten und aktiven Antifaschisten und die Diffamierung letzterer als „Linksextremisten“. Motiviert ist dies gleichermaßen durch antikommunistische Spaltungs- und Ausgrenzungsbestrebungen und das Bemühen, die Rechtslastigkeit des bürgerlichen Staates und seiner Organe zu verschleiern und zu rechtfertigen.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, (Stuttgart 1984), S. 590.
- 2 Götz Aly: Hitlers Aufstieg zur Macht, in: Berliner Zeitung, 30. Januar 2013.
- 3 Reiner Zilkenat: „Volksgemeinschaft“ ohne Widerstand? Kritische Bemerkungen zum „Volksgemeinschafts“-Theorem, In: Geschichtskorrespondenz, Juli/August 2013, S. 26/27.
- 4 Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 217 – 220.
- 5 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 606.
- 6 Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I, Berlin 1963, S. 667, 662.
- 7 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50, (Berlin) 1930, S. 37/38.
- 8 1930 fanden 94 Reichstagssitzungen statt, die 98 Gesetze beschlossen; es wurden 5 Notverordnungen erlassen. – 1931: 41 Reichstagssitzungen, 34 Gesetze, 41 Notverordnungen. – 1932: 13 Reichstagssitzungen, 5 Gesetze, 66 Notverordnungen.
- 9 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren. 1918 – 1934, Stuttgart (1970), S. 194 – 196.
- 10 Vgl. ebenda, S. 394, 400, 465.
- 11 Berliner Volkszeitung, 29. Oktober 1931. Zit. nach: Gerhard Förster/Heinz Helmert/Helmut Otto/Helmut Schnitter: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640 – 1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 513.
- 12 Dazu mit ausführlichen Quellenbelegen: Heinz Karl, Ernst Thälmann in unserer Zeit, in: Geschichtskorrespondenz, Juli 2006, S. 8/9; ders., Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf, in: ebenda, Mai 2012, S. 7 – 9.
- 13 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 – 1946, Berlin 1954, S. 267.
- 14 Ernst Thälmann: Die KPD im Vormarsch, in: ders., Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920 – 1935, Berlin 1982, S. 288.
- 15 Zu dieser – gegenüber ihren Mitgliedern und Wählern weitgehend verschleierte, ja verheimlichte – Zusammenarbeit der SPD-Führung mit Brüning vgl. Brüning, Memoiren, S. 462, 495/496, 501/502, 521. Vgl. auch H. Karl in Geschichtskorrespondenz, Mai 2012, S. 6/7.
- 16 Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, (Berlin 1999), S. 235.
- 17 Zit. nach: Laurenz Demps, Der Übergang der Abteilung I (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums in das Geheime Staatspolizeiamt (1933/34), Diss. B, Humboldt-Universität Berlin, S. 11.
- 18 Carl v. Ossietzky: Abdankung, Herr Polizeipräsident!, in: Die Weltbühne, Nr. 20, 14. Mai 1929, S. 732/733.
- 19 Vgl. L. Demps: Der Übergang ..., S. 65.
- 20 Angesichts des Scheiterns der Politik Papens sollte es klären, ob Reichswehr und Polizei in der Lage wären, einen militärischen Ausnahmezustand durchzusetzen. Es wurde eingeschätzt, dass dann – wie beim Kapp-Putsch 1920 – mit einem Generalstreik zu rechnen sei. Schlussfolgerung war, weitere Zuspitzungen im Stile Papens zu vermeiden und zugleich verstärkt die Einbeziehung der Nazifaschisten in die Regierung zu betreiben.
- 21 Vgl. L. Demps: Der Übergang ..., S. 70.
- 22 Vgl. ebenda, S.89.
- 23 Vgl. ebenda, S. 92, 113, 114, 116.
- 24 Vgl. Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1962, S. 504.
- 25 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Unter Mitarb. v. Annette Weinke u. Andrea Wiegeshoff, S. 13.
- 26 Ebenda, S. 63.
- 27 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457, S. 28.
- 28 G. Aly: Hitlers Aufstieg zur Macht.
- 29 Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945. Bd. I: 1939 – 1941, Berlin 1969, S. 14.
- 30 D. Eichholtz: Über den Klassencharakter des NS-Regimes, in: Marxistische Blätter, 5/2002, S. 76.
- 31 Ebenda, S. 82.
- 32 Vgl. D. Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, S. 36 – 53 u. 109 – 111.
- 33 Vgl. Rolf Gössner. Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges, Hamburg 1994, S. 202.
- 34 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990, S. 52.

35 Vgl. Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (Bundestag, Drucksache 13/11000) – Sondervotum der Mitglieder der Gruppe der PDS und des Sachverständigen Mocek, S. 550.

36 Vgl. Heinz Karl: Zur Personalstruktur des MfS der DDR und des entsprechenden Behördensystems der BRD, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 5/2010, S. 28 – 30.

37 Ingo Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, (München 1989), S. 217.

38 Ebenda, S. 235/236.

39 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat. Wirtschaft. Armee. Verwaltung. Justiz. Wissenschaft, Berlin 1965, S. 286 – 289, 291, 297 – 312, 318 – 321.

40 Vgl. ebenda, S. 289, 296/297, 313 – 317, 320/321.

Dr. Ulrich Schneider

Zum öffentlichen Umgang mit dem deutschen Faschismus – praktische Betrachtungen zu theoretischen Fragen

Vor etwa 1 ½ Jahren haben wir uns ebenfalls hier zu einer historischen Konferenz getroffen und – mit Blick auf das kommende Jubiläumsjahr 1933 – die Fragen nach historischer Kontinuität und Voraussetzungen faschistischer Herrschaft behandelt. Ich sprach damals zum Thema „Antifaschismus heute – Aktualität historischer Kampferfahrungen“. Meine Arbeitsfragen lauteten damals:

- Gegen wen bzw. was musste sich der Kampf richten?
- Wie musste der Kampf geführt werden?
- Mit wem musste der Kampf geführt werden?
- Was bedeutet – daraus abgeleitet – Antifaschismus heute?

Auch wenn es sich um eine historische Konferenz handelte, verstand ich meinen Beitrag damals sehr handlungsorientiert für die Gegenwart. Und auch heute möchte ich mich mit dem historischen Faschismus in praxisorientierter Hinsicht beschäftigen und weniger in theoretischen Erwägungen, obwohl ich hoffe, damit auch Antworten für die Frage der Faschismus-Theorie geben zu können.

Mein Blick richtet sich dabei auf den öffentlichen Umgang mit dem Jahr 1933 in den vergangenen Monaten, wobei ich unter öffentlichem Umgang insbesondere die Behandlung des Themas in den Massenmedien verstehe. Der akademische Diskurs zu diesem Thema wäre durchaus einer gesonderten Untersuchung wert, aber – so meine These – er wird sich nur wenig unterscheiden von dem durch Massenmedien vermittelten Geschichtsbild. Der Grund dafür ist in der zunehmenden Normierung des Wissenschaftsbetriebs zu sehen, in dem kritische Perspektiven zwar noch vorhanden, aber weder hegemonial noch einflussreich sind.

Ich möchte meine Betrachtungen ebenfalls mit Fragen strukturieren:

- Was erfuhren wir über die Vorgeschichte und die politischen Träger des deutschen Faschismus?
- Welche Ereignisse waren einer bzw. keiner öffentlichen Würdigung wert?
- Was sagt uns das über das angestrebte bzw. propagierte Faschismus-Verständnis?¹

Was erfuhr man über die Vorgeschichte und die politischen Träger des Faschismus?

Man könnte sich die Antwort einfach machen und mit einem kurzen „Nichts“ antworten. Doch mir scheint es dennoch wichtig zu sein, aufzuzeigen, was nicht berichtet wurde.

Wenn man nicht behaupten will, dass „Hitler ein Betriebsunfall der Geschichte“ gewesen sei und der 30. Januar 1933 „schicksalhaft“ über unser Land gekommen sei – und das wird in unserem Kreis niemand behaupten wollen -, dann muss man sich mit den gesellschaftlichen Kräften beschäftigen, die ein Interesse an der Errichtung und Etablierung der faschistischen Herrschaft hatten. Die Frage des Interesses darf dabei nicht missverstanden werden, dass jedes einzelne Mitglied einer gesellschaftlichen Gruppe das Gesamtinteresse ungebrochen vertreten musste, aber es war die vorherrschende Tendenz, die insbesondere von den hegemonialen Repräsentanten vertreten wurde.

Und unter dieser Einschränkung möchte ich als erste Gruppe, die eine große Offenheit gegenüber der faschistischen Bewegung entwickelt hatte, nicht die Vertreter des Kapitals, sondern die Repräsentanten der Reichswehr und der militaristischen Kräfte der Weimarer Republik nennen. Für sie ging es nicht erst mit dem 30. Januar 1933 um den „Zweiten Griff nach der Weltmacht“, nachdem der erste Zugriff 1918 so schmäählich gescheitert war und mit dem Versailler Vertrag die Möglichkeiten für diesen Versuch massiv verschlechtert wurden. Für die Reichswehführung ging es seit Anfang der 20er Jahre darum, politische Unterstützer für ihre Strategie der Revision des Vertrages zu finden. Dabei war es ihnen egal, ob es sich dabei um Vertreter der gewählten Regierungen handelte oder um Militaristenverbände und „Aldeutsche“. Obwohl das Militär offiziell auf die Weimarer Verfassung vereidigt war, hatten die Kommandeure schon Anfang der 20er Jahre deutlich gemacht, dass sie mit antidemokratischen Kräften nicht nur sympathisierten, sondern aktiv kooperierten. Die Ablehnung der Armeeführung, sich zum Schutz der Republik den Putschisten um Kapp entgegenzustellen mit der Begründung „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“, oder die zögerliche Haltung gegenüber dem Hitler/Ludendorff-Aufmarsch im November 1923, der erst dann beantwortet wurde, als die politischen Machtverhältnisse zugunsten der Republik entschieden waren, unterstreichen diese Offenheit für eine faschistische Option. Mehr noch – die Reichswehführung sah in der faschistischen Bewegung durchaus ein Werkzeug zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele.

Diesen Begriff „Werkzeug“, der etwas mechanistisch klingt, entnahm ich dem Titel einer aufschlussreichen Studie von Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen über den „Krieg der Generäle“. Darin zeigen die Autoren auf, dass der ehemalige Generalstab, der sich nun in „Truppenamt“ umbenannt hat, schon Mitte der 20er Jahre eine Strategieplanung begann, die von den Möglichkeiten einer aggressiven Außenpolitik zur Revision der Gebietsverluste durch den Ersten Weltkrieg ausging. Die Strategieplanung listete detailliert auf, welche militärischen Einheiten, welche Bewaffnung, welche Befehlsstrukturen man benötigte, um erfolgreich den zweiten Griff nach der Weltmacht starten zu können. So wurde von einer Heeresgröße, die ein Vielfaches des durch den Versailler Vertrag Genehmigten darstellte, ausgegangen, eine Luftwaffe konzipiert, die es überhaupt nicht geben sollte, und eine Marine gedacht, die weit über die leichte Bewaffnung und die 15 000 Matrosen hinausging. Das Interessante an dieser Strategieplanung war nicht so sehr die Dimension bzw. die damit verbundene strategische Option; Dirks und Janßen konnten nachweisen, dass diese Planung im großen Maße die Struktur der späteren Wehrmacht vor dem Überfall auf Polen darstellte.

Offenkundig war die Reichswehr nicht – wie es durch Herrn Knopp („Hitlers Helfer“) und andere gerne dargestellt wird – der Vollstrecker von Hitlers Vorstellungen, sondern umgekehrt ging die Initiative wohl von der Reichswehr selber aus.

Und ein weiterer Aspekt mag dieses Verhältnis zwischen Reichswehführung und faschistischer Bewegung verdeutlichen. Die Reichswehr nahm sich durchaus heraus, die NSDAP an den Punkten zu kritisieren, an denen sie ihre eigenen Interessen bedroht sah, nämlich insbesondere bezogen auf die Forderungen der SA bzw. der Gebrüder Strasser, die die SA als Kern eines zukünftigen „Volksheeres“ ansahen und die „reaktionäre Haltung“ der Reichswehr-Führung, die eine reine „Adelstruppe“ sei, öffentlich kritisierten. Gegen solche Losungen formulierte die Reichswehführung ihren eigenen Machtanspruch. Man kooperierte dort, wo die langfristigen strategischen Optionen der Reichswehr unterstützt wurden, beispielsweise mit den Trägern und Organisatoren der „Harzburger Front“ oder mit der NSDAP, wenn sie in der Person Hitlers am 3. Februar 1933 – quasi eine seiner ersten Amtshandlungen – zu einem internen Gespräch mit der Reichswehr-Führung zusammentraf. Das Protokoll dieser Sitzung macht in jeder Hinsicht deutlich, wer hier die Vorgaben macht. Hitler verspricht der Reichswehr-Führung, dass er innenpolitisch die Voraussetzungen für den angestrebten außenpolitischen Strategiewechsel schaffen werde und dass er damit seine SA beauftrage, die ansonsten keine Ansprüche gegenüber der Reichswehr zu stellen habe.

Ein ähnlich funktionales Verhältnis legten bekanntermaßen führende Vertreter des deutschen Kapitals gegenüber der NSDAP an den Tag. Es sollen hier nicht die umfangreichen Studien insbesondere der DDR-Geschichtsforscher wiederholt werden, die in Einzeluntersuchungen und Branchenstudien die enge Verbindung zwischen NSDAP, Banken und Industrie hinreichend nachgewiesen haben. Verallgemeinernd kann jedoch die These aufgestellt werden, dass dabei in der Weimarer Zeit Vertreter der chemischen und Elektroindustrie sowie

die Großbanken zwar ein Interesse an der Entwicklung der NSDAP zeigten, aber im Schwerpunkt noch ihre Unternehmens- und Profitinteressen bei den herrschenden Instrumenten der Machtausübung, insbesondere nach der Errichtung der Präsidialkabinette, gesichert sahen. Einzig die Schwerindustrie, die sich aus der Rüstungskonjunktur unmittelbare Profite versprach, war von Anfang an auf der Seite der NSDAP. Namen wie Fritz Thyssen, Fritz Springorum und Albert Vögler sind dafür hinreichende Belege. Wie jedoch der Auftritt Hitlers vor dem Düsseldorfer Industrieklub im Januar 1932 zeigt, waren auch die anderen Wirtschaftsvertreter weitgehend bereit, der Zielvorstellung der NSDAP zu folgen.

Zwar bot ihnen die Labilität der politischen Verhältnisse der Weimarer Republik weitgehende Sicherheit vor irgendwelchen Staatseingriffen, jedoch fehlten andererseits auch die staatsinterventionistischen Maßnahmen, wie beispielsweise die Übernahme von Entwicklungskosten oder Risikoabsicherung von Investitionen durch Staatsbürgschaften. So kam 1932 der Vertreter des IG-Farben-Konzerns zu der bezeichnenden Einschätzung über Hitler „Der Mann ist vernünftiger, als ich dachte“, nachdem Hitler in einem internen Gespräch eine langfristige Finanzierung von synthetisch hergestelltem Benzin zugesichert hatte.

Es ist bezeichnend, dass all diese Zusammenhänge überhaupt nicht thematisiert wurden, wenn überhaupt auf die Rede im Düsseldorfer Industrieklub eingegangen wurde. In der medialen Verarbeitung dieses Ereignisses bemühten sich die Journalisten zumeist nachzuweisen, dass entweder nur „mittelständische“ Unternehmer oder zweitrangige Industrielle die NSDAP aktiv unterstützt hätten oder dass die Skepsis gegenüber Hitler überwogen habe. Zudem wird gerne auf die pseudorevolutionäre Rhetorik der SA verwiesen, die viele Unternehmer abgestoßen habe. In der Tat sahen die Unternehmer ihr Interesse durch Maßnahmen des massiven Lohnraubs und der Zerschlagung der bis dahin erreichten sozialen Sicherungssysteme durch die Präsidialkabinette gut vertreten, dennoch erkannten die Kapitalvertreter auch die großen Möglichkeiten, die eine Organisation wie die SA als willfähiges Werkzeug in Klassenkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen erfüllen könnte. Dass das nicht ohne Brüche möglich war, lag nicht zuletzt an der sozialen Struktur der SA, in der auch einige subproletarische Kräfte zu finden waren, die auf die Einhaltung der demagogischen Versprechungen drängten. Wie dieses Problem in aller Brutalität durch die faschistische Führung im Unternehmerinteresse und im Interesse der Reichswehr gelöst wurde, zeigte sich spätestens am 30. Juni 1934.

Zu den gesellschaftlichen Gruppen, die für die Durchsetzung der faschistischen Herrschaft in Deutschland von großer Bedeutung waren, gehörten auch Kräfte des politischen Überbaus, die eine ideologische Offenheit zeigten, die gerne „vergessen“ wird. Dazu gehörte beispielsweise die evangelische Kirche, deren leitende Gremien sich nie mit der Weimarer Republik abgefunden hatten und die das Aufkommen der faschistischen Massenbewegung auch mit theologischer Begründung verfolgte – nicht nur, da mit den „Deutschen Christen“ (DC) die NSDAP unmittelbaren Einfluss auf die evangelische Kirche nahm. Schon seit 1931 wurde in den kirchlichen Gremien und Gemeinschaften unter dem Titel „Die Kirche und das Dritte Reich“ das Verhältnis zur NSDAP und DC debattiert. Die veröffentlichten Beiträge machen deutlich, dass es nur eine Minderheit war, die sich kritisch dieser Entwicklung entgegenstellte. Man sah in der NS-Struktur einen „politischen Aufbruch“, „viel religiöses Wollen“ und eine Stärkung des „Reiches“ sowie – und bei dem Thema gab es eine 100prozentige Übereinstimmung – ein Zurückdrängen des „gottlosen Bolschewismus“. Und so überrascht es nicht, dass im Frühjahr 1933 in eigentlich allen Kirchengemeinden in einem „Dankgottesdienst“ ein „freudiges Ja“ zu diesem neuen Regime gesprochen wurde. Wer in den vergangenen Monaten die historische Berichterstattung verfolgt hat, findet zu diesem Thema jedoch keinen Satz. Wahrscheinlich wird es erst wieder im Mai 2014 in die Zeitung kommen, wenn das Jubiläum der Barmer Bekenntnis-Synode ansteht. Doch dann wird voraussichtlich die ideologische Übereinstimmung in den Grundfragen der Politik in den Monaten zuvor nicht angesprochen werden.

Ebenfalls weitestgehend verdrängt wurde und wird die Frage der akademischen Unterstützer der faschistischen Organisationen. Im traditionell konservativen akademischen Milieu fand der Nationalsozialismus zahllose Mitstreiter. Zwar waren es weniger die akademischen Lehrer selber, die in der Weimarer Zeit sich für die NSDAP einsetzten, obwohl es bei der Reichspräsidentenwahl 1932 auch eine professorale „Wähler-Initiative“ für Hitler gab, die von durchaus renommierten Hochschullehrern unterstützt wurde. Entscheidend war vielmehr die

Unterstützung der Studierenden und des akademischen Mittelbaus, die schon in der Weimarer Zeit die Universitäten zu zentralen Orten der ideologischen Durchsetzung der faschistischen Bewegung machten. Diese politische Position zeigte sich auch in zahlreichen gewalttätigen Aktionen von Verbindungsstudenten und Nazianhängern gegen linke, pazifistische oder jüdische Hochschullehrer. Exemplarisch sei hier nur die Auseinandersetzung um Prof. Emil Julius Gumbel in Heidelberg genannt, in dessen Vorlesungen Nazistudenten schon 1930 randalierten, bis die Hochschule ihn vom aktiven Lehrbetrieb entband.

Und die Studierenden waren nicht nur Mitglied im NSDStB, sondern in vielen Universitätsstädten stellten die Studenten auch den Kern der SA, das heißt die Straßenschlägertruppe.

Auch diese politische Wirklichkeit fand in der medialen Aufarbeitung des Jahres 1933 keinen Platz. Selbst in der Berichterstattung über die Bücherverbrennung, die in eigentlich allen Medien umfangreich dargestellt wurde und zumeist auch mit lokalen Ereignissen verbunden war, blieb die Haltung des akademischen Milieus weitgehend ausgespart. Zwar bedauerte man, dass durch die Bücherverbrennung und die „Säuberung der Bibliotheken“ die Werke großer Dichter und Wissenschaftler verbannt wurden, dass es jedoch angesehene Bürger waren – in Kassel war es beispielsweise der „Kampfbund für deutsche Kultur“, dem zahlreiche Professoren, Doktoren und andere akademisch gebildete Bürger angehörten –, die dieses Autodafé organisierten, wurde geflissentlich ignoriert. Hier fand die Bücherverbrennung „auf Anordnung“ statt, ohne zu bemerken, dass „gute Bürger“ auch aus ihren Privatbibliotheken Bücher zur Verbrennung beisteuerten.

Wenn die mediale Aufmerksamkeit gegenüber den Befürwortern und gesellschaftlichen Trägern einer faschistischen Entwicklung in Deutschland schon so gering ausgeprägt ist, dann verwundert es nicht, dass die vorherrschende Geschichtsbetrachtung denjenigen Gruppen und Personen, die sich bereits vor 1933 dieser Entwicklung entgegengestellt haben, mit Ignoranz gegenübertritt. Man kann verallgemeinernd sagen, dass in der medialen Aufarbeitung dieser Teil des antifaschistischen Widerstandes keine Bedeutung hat. Vereinzelt finden sich Hinweise und Erwähnungen von kritischen Stimmen im bürgerlichen Lager, es wird die liberale „Frankfurter Zeitung“ erwähnt oder – insbesondere in Süddeutschland – auf den ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner verwiesen. In Form von historischen Kurzeinträgen („Kalenderblätter“) findet sich auch einmal eine Erwähnung der „Weltbühne“ oder Carl von Ossietzkys mit Hinweis auf deren antifaschistische Haltung und die Verurteilung wegen „Landesverrat“. Der tatsächlich geleistete politische Widerstand der Organisationen der Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Breite bleibt in der Regel außerhalb jeglicher Darstellung. Dabei geht die mediale Aufarbeitung wieder weit hinter populär-geschichtlichen Darstellungen vom Ende der 80er Jahre zurück, die – durchaus in ideologischer Konkurrenz zur DDR-Geschichtsforschung und als Reflex auf die engagierte Arbeit von Geschichtswerkstätten – eine realistischere Sichtweise auf die Rolle der Arbeiterbewegung entwickelten. So findet man nichts mehr von den breiten Massenaktionen und direkten Auseinandersetzungen mit dem Vormarsch der NSDAP auch auf den Straßen und in Versammlungen. Und wenn doch über diese Ereignisse berichtet wird, wie beispielsweise über den „Altonaer Blutsonntag“ 1932, dann werden die polizeilichen Versionen der Ereignisse, die zumeist die Nazis entlasteten, zum Maßstab der Berichterstattung gemacht, obwohl beispielsweise der „Spiegel“ auch über eine neue historische Studie berichtete, in der das gemeinsame Handeln von Nazis und Polizei angeprangert wurde. Die Frage jedoch, was es bedeutete, „roten Massenselbstschutz“ gegen den Terror der Nazis zu entwickeln, in welcher Form beispielsweise Aktionen der KPD und der „Antifaschistischen Aktion“ vor den Stempelstellen dazu beitrugen, Erwerbslose gegen faschistische Propaganda zu immunisieren, all das wurde nicht mehr thematisiert.

Eine gewisse Ausnahme machte die Erinnerung an die „Eiserne Front“, gegründet von SPD, Gewerkschaften und bürgerlich-liberalen Kräften. Dabei wird jedoch aus heutiger Perspektive weniger thematisiert, ob die Haltung und das Handeln der sozialdemokratischen Nazigegner konsequent und effektiv war, sondern in aller Regel abgehoben auf das Symbol der drei Pfeile, aus denen man die „drei Feinde der Weimarer Republik“ meinte ableiten zu können: Nationalsozialismus, Kommunismus und konservative Adels-Kamarilla, da sich dies scheinbar als Bestätigung der Totalitarismuskonzeption eignet.

Welche Ereignisse waren einer bzw. keiner Betrachtung wert?

Wenn schon bei der Betrachtung der Vorgeschichte solch große Defizite konstaterbar sind, dürfte auch die Berichterstattung über das Jahr 1933 nicht grundsätzlich anders ausfallen. Dabei muss man jedoch festhalten, dass sich eigentlich alle Massenmedien (Tageszeitungen, politischen Journale oder Fernsehsender) in nicht unerheblichem Umfang mit diesem historischen Thema beschäftigt haben und teilweise noch beschäftigen. Viele regionale Zeitungen versuchten dabei einen lokalen Bezug herzustellen, während sich die überregionalen Zeitungen mit allgemeinen Fragestellungen bzw. der Berliner Perspektive beschäftigten. Auffällig war, dass – mit Ausnahme der Leitmedien – nur wenige Zeitungen sich auf akademische Debatten einließen. Zumeist wurde das Thema an Einzelereignissen „abgearbeitet“. So ist zu erklären, dass einige Daten eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfuhren, andere jedoch nur marginal oder gar nicht behandelt wurden. Angesichts der Vielzahl bedeutender historischer Daten und Ereignisse im Zusammenhang mit der Etablierung der faschistischen Herrschaft im Jahr 1933 kann dieser Überblick natürlich nur exemplarisch ausfallen. Wem meine Auswahl zu subjektiv erscheint, dem empfehle ich einen eigenen Blick in die Tageszeitungen und Fernsehberichte zu dem fehlenden Thema. Ich wage die Behauptung, dass die nachfolgend skizzierte Tendenz sich dort ähnlich wiederfindet.

Beispiele, worüber berichtet wurde

Natürlich konnte keine Zeitung, keine Sendeanstalt um das Datum „30. Januar 1933“ herumkommen. Unzählige Male sah man den Fackelzug der SA durch das Brandenburger Tor, erfuhren die Leser, dass der „greise“ Reichspräsident Paul von Hindenburg nicht umhinkam, Hitler die Macht zu übergeben, obwohl doch in den meisten Überschriften von „Machtergreifung“ gesprochen wurde. Vielleicht las man noch vom Bankhaus Schröder, aber alle anderen Einflussgrößen, wie sie sich in der Novembereingabe 1932 oder im Kepplerkreis zeigten, wurden geflissentlich ignoriert.

Typisch war – selbst in den regionalen Medien – die Perspektive der Macht, das heißt der Fokus auf die Einsetzung der faschistischen Regierung, nicht aber auf den durchaus noch vorhandenen Widerstand. Abgesehen von linken Tageszeitungen und Medien wurden die Aufrufe der KPD und die Erklärung der SPD oder Gewerkschaften komplett ignoriert. Selbst der Generalstreik von Mössingen, der zeigte, was die organisierte Arbeiterbewegung hätte bewirken können, wurde – wenn überhaupt – nur als regionale Kuriosität ohne größere Bedeutung in wenigen süddeutschen Medien abgearbeitet.

Die Grundaussage der überwiegenden Berichte zu diesem Datum war: Nun sei der Nationalsozialismus an der Macht gewesen und niemand habe sich ihm mehr in den Weg stellen können. Mir sind keine Berichte in Erinnerung, in denen auch nur ansatzweise versucht wurde, die gesellschaftlichen Gruppen zu benennen, die ein Interesse an einem faschistischen Ausweg aus der Krise hatten.

Ein ebenfalls vielfach dokumentiertes Datum war der Reichstagsbrand und damit verbunden die Notverordnungspolitik. Je nach historischem Tiefgang der Darstellung gab es neben dem klassischen Bild des brennenden Gebäudes auch immer wieder Berichterstattungen, die sich mit der Frage der Täterschaft beschäftigten. Im besten Fall wurde darauf hingewiesen, dass die Täterschaft ungesichert sei, üblicherweise wurde die Verantwortung bei Marinus van der Lubbe gesehen, der bekanntermaßen durch das Reichsgericht verurteilt wurde. Selbst „neue“ Erkenntnisse – die die Nazis schon unmittelbar nach dem Brand propagiert hatten -, wie es technisch möglich gewesen sein könnte, dass er als „Einzeltäter“ das ganze Gebäude in Brand gesteckt habe, wurden wiederholt.

Wenn im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand die Massenverhaftungen erwähnt wurden, dann fand man in vielen Zeitungen bezeichnenderweise als Illustration das berühmte Bild „Verhaftung Berliner Sozialdemokraten“, womit die historischen Dimensionen (Massenverhaftungen von Funktionären und Anhängern der KPD) auf den Kopf gestellt wurden.

Ausführlich fanden der „Tag von Potsdam“ und das Ermächtigungsgesetz in den Medien Erwähnung, das eine Ereignis, um die „Etabliertheit“ der Nazis zu beschreiben, das andere, um die Gegnerschaft der SPD (Otto Wels) dokumentieren zu können. In vielen Medien fand man das Bild des Reichspräsidenten in Generalsuniform, vor dem sich Hitler in Zivil und mit Zylinder als „klein und unscheinbar“ verbeugt. In den Kommentaren wurde dabei angemerkt,

Hitler habe sich der preußischen Tradition angepasst und damit seine eigentlichen Ziele versteckt. Zu einer solchen Bewertung kann man nur kommen, wenn man die Veränderungen des Preußen-Bildes in den vergangenen Jahrzehnten berücksichtigt. Damit wurde verdrängt, dass Preußen eigentlich der Inbegriff des autoritären Militärstaates war. Natürlich gab es die Stein-Hardenbergschen Reformen in Reaktion auf die Französische Revolution, aber das von Hindenburg repräsentierte Preußen war das Preußen der ostelbischen Junker und der Reichswehr, die mit der Eröffnung des Reichstages die Machteinsetzung ihres Gewährsmannes – wie sie erwarteten – feierten. Bezeichnenderweise fehlten in fast allen Darstellungen eine angemessene Beschreibung der Reichstagswahlergebnisse und die dann folgende Annullierung der Mandate für die KPD, so dass die Stellungnahme der SPD zum Ermächtigungsgesetz als einzige Stimme der Opposition gelten konnte. Erwähnt wurden die klaren Worte des SPD-Fraktionsvorsitzenden über die Verteidigung der Freiheit, aber auch hier dienten die Auslassungen zur Propagierung eines gewollten Geschichtsbildes. Unerwähnt blieb durchgängig die Tatsache, dass Otto Wels im ersten Teil der Rede mit der NSDAP darum wetteiferte, wer eigentlich die nationalen Interessen besser vertreten habe und dass die SPD keine „vaterlandslose Partei“ sei. Zudem „vergaß“ er bei der Aufzählung der Einschränkungen der Freiheiten zu erwähnen, dass insbesondere gegen die KPD und ihre Anhänger der politische und polizeiliche Terror ausgeübt wurde. Und wenn überhaupt über die anderen bürgerlichen Parteien im deutschen Reichstag gesprochen wurde, erfuhr man nur am Rande, dass diese dem Ermächtigungsgesetz (bei aller kritischen Begründung) einstimmig zugestimmt haben, auch der spätere Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss.

In vielen Zeitungen wurde auch der 1. April 1933, der „Boykottaktionstag“, ausführlich erwähnt. Er galt in der Gesamtperspektive als Beleg dafür, dass der Nationalsozialismus im Kern eine Herrschaft zur Vernichtung der Juden war, alle anderen politischen und gesellschaftlichen Implikationen blieben dabei ausgeblendet. Einen besonderen Beitrag leistete in diesem Zusammenhang Götz Aly. Er stellte diesmal in der Frankfurter Rundschau seine These von der sozialen Politik der Nazis vor – oder wie er es nannte, „der Faschismus als kleinbürgerliches Projekt“, das schon am 1. April seine Bestätigung im rassistischen Handeln der „Volksgemeinschaft“ fand. Im Vorfeld der Erinnerung an die Reichspogromnacht erweiterte er seine Aussage dahingehend, dass auch Antifaschisten Nutznießer des Antisemitismus gewesen seien, weil sie ebenfalls vom staatlichen Raub am jüdischen Eigentum profitiert hätten. Davon habe der Staat schließlich auch ihnen soziale Leistungen erbringen können.

Neben der Auswahl der genannten Ereignisse und der darin zu findenden Tendenz ist es außerdem interessant zu untersuchen,

was man keiner bzw. selten einer Betrachtung wert fand.

Wenn überhaupt, nur in Form eines „Kalenderblattes“ wurde über das bereits eingangs behandelte Gespräch Hitlers mit der Führung der Reichswehr am 3. Februar 1933 berichtet. Die Kernaussage, dass Hitler als Reichskanzler der Reichswehr die Vorbereitung des Krieges zusagte, sich über die Rollenverteilung in der politischen Umsetzung verständigte und dabei den Aufbau des terroristischen Systems, das sich insbesondere gegen die Arbeiterorganisationen richten sollte, skizzierte, findet man in keiner Darstellung. Zu deutlich wäre damit der gesellschaftspolitische Auftrag der Naziherrschaft zu benennen – und das liegt erkennbar nicht im Mainstream-Geschichtsbild.

Interessant ist auch das weitgehende Fehlen der Darstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Beschrieben werden müsste dabei die terroristische Form der Vorbereitung, der Wahlkampfspenden der Industrie in der Erwartung, dass dies die letzten Wahlen in den nächsten „tausend Jahren“ seien, der legitimatorische Charakter der Wahlen, mit denen man eine eigene absolute Mehrheit zur Verfassungsänderung anstrebte und das eigentliche Scheitern der Erwartungen der NSDAP, die nicht über gut 40 % der Stimmen hinaus kam. Bemerkenswert ist dabei insbesondere der hohe Anteil der KPD, die trotz Illegalisierung und Verhaftung ihrer Funktionäre mit knapp fünf Millionen Wählerstimmen weiterhin die drittstärkste Partei war. Hierin zeigte sich ein Widerstandspotential, das nur mit erheblichem politischem Druck und im Laufe der kommenden Jahre ausgeschaltet werden konnte.

Auffällig ist auch das Fehlen einer ausführlicheren Berichterstattung über das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April. Sicherlich lässt sich eine solche „Verordnung“ nur schwer in mediale Berichterstattung umsetzen, aber die Ignoranz diesem Thema gegenüber hat meines Erachtens noch andere Gründe. Eine genauere Betrachtung der Folgen dieses Gesetzes weist auf zwei Problembereiche hin: Zum einen wird die geringe Zahl von Entlassungen in der Polizei und der Justiz und der öffentlichen Verwaltung erkennbar. Damit wird sichtbar, dass der Staatsapparat sich gegenüber der terroristischen Form der Herrschaftsausübung als recht willfährig gezeigt hat, selbst wenn viele der Beschäftigten überhaupt nicht Mitglieder in der NSDAP waren.

Ähnlich die Entlassungen im akademischen Bereich (Schulen und insbesondere Hochschulen). Hier konnte man erleben, dass die Entlassung linker und jüdischer Wissenschaftler von etablierten Professoren völlig kritiklos akzeptiert wurde, man damit möglicherweise unliebsame Konkurrenten los wurde, zumindest aber neue Stellen für den akademischen Mittelbau, der sich – wie bereits eingangs skizziert – schon in der Weimarer Zeit für extrem rechte und faschistische Ideologien anfällig erwiesen hat, schuf. Die „Gleichschaltung“ der Hochschulen vollzog sich nicht so sehr durch äußere Eingriffe, als vielmehr durch innere Anpassung – und das hätte man auch an diesem Gesetz nachzeichnen können.

Ein Thema, das zwar in der medialen Aufmerksamkeit stand, das aber sehr selektiv präsentiert wurde, waren die Ereignisse um den 1. und 2. Mai 1933. So gut wie keine Zeitung versäumte es – spätestens im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die DGB-Demonstrationen – auf die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 hinzuweisen. Aber in der Berichterstattung sucht man eine reflektierte Berichterstattung über die Vorgeschichte dieses Ereignisses vergeblich. Zwar gibt es seit vielen Jahren Publikationen zu diesem Thema, zum Beispiel von Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, in denen die verhängnisvolle Politik der ADGB-Führung nachgezeichnet wurde, aber selbst diese „Erkenntnisse“ sind nicht in die mediale Berichterstattung eingeflossen. Kein Wort über die Bereitschaft der ADGB-Führung, sich in organisatorischer und politischer Hinsicht in das faschistische Volksgemeinschaftskonzept einzugliedern, ihre eigene Rolle neu zu definieren. Kein Wort zur Bereitschaft zahlreicher Gewerkschafter vor Ort, sich gegen den Vormarsch der Nazis aktiv zu wehren. Nur vereinzelt wurde der Aufruf des ADGB erwähnt, sich in die von der NSDAP organisierten Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 einzugliedern.

Die Berichterstattung über den 2. Mai 1933 wurde in aller Regel mit einem historischen Bild eines gestürzten Gewerkschaftshauses verbunden. Nur selten wurde erwähnt, dass es nicht nur um die Zerschlagung einer Organisation ging, sondern auch um den Raub von Arbeitergroschen, das heißt der materiellen Werte der Gewerkschaft. Zufällig kam dieses Thema im Spätsommer noch einmal in die Medien, als über die EU-Entscheidung über das VW-Gesetz berichtet wurde. Da dies aber zumeist auf den Wirtschaftsseiten erfolgte, werden nur wenige Leser wahrgenommen haben, dass mit dem Raubzug am 2. Mai 1933 die finanziellen Grundlagen für den Aufbau des VW-Konzerns gelegt worden sind.

In diesem Sinne könnte man noch weitere Beispiele der medialen Ignoranz oder Verdrängung von Themenstellungen anführen.

Was sagt das über das ideologische angestrebte bzw. propagierte Faschismus-Verständnis?

Die Ausgangsüberlegung war ja, sich mit dem historischen Faschismus in praxisorientierter Hinsicht zu beschäftigen, dabei aber auch Antworten zur Faschismustheorie geben zu können. Eine Schlussfolgerung aus der medialen Aufarbeitung des Jahres 1933 lautet, dass die systematische Verdrängung der gesellschaftlichen Wurzeln und Triebkräfte der faschistischen Herrschaft erkennbar ist. Faschismus in Deutschland wird als eine „Sonderentwicklung“ betrachtet, die keine Bezüge zur vorherigen Gesellschaftsstruktur hat, in der es weder Kontinuitäten der alten Eliten gibt, noch – und das wird voraussichtlich die Berichterstattung des Jahres 2015 prägen – irgendwelche Kontinuitäten in die Nachkriegsentwicklung erkennbar wären.

Verdrängt werden sollen mit diesem Bild die hinter der Etablierung des deutschen Faschismus stehenden ökonomischen und Kapitalinteressen. Damit wird natürlich kein Mechanismus behauptet, dass Kapitalismus automatisch zum Faschismus führe. Aber Faschismus

war und ist eine Form bürgerlicher Herrschaft, die im besonderen Maße terroristisch gegen die Arbeiterbewegung und gegen als rassistische Feinde der „Volksgemeinschaft“ gestempelte Menschengruppen (Juden, Sinti und Roma etc.) vorging. Und das Feindbild Arbeiterbewegung hatte originär mit der Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen, also mit Profitinteressen zu tun, selbst dort, wo die SA von einer „zweiten Revolution“ träumten. Was die Herren von solchen „Träumen“ hielten, machten sie – wie gesagt – spätestens am 30. Juni 1934 mit aller Macht und blutiger Gewalt deutlich.

Verdrängt werden sollte mit dieser Darstellung auch, dass der Expansionsdrang des deutschen Faschismus nicht aus „Weltherrschaftsplänen Hitlers“ resultierte, sondern von Anbeginn an dem Versuch eines „zweiten Griffs nach der Weltmacht“ des deutschen Imperialismus verpflichtet war und dies zielstrebig umsetzte. Der enge Schulterschluss mit der Reichswehr, die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und die Kriegskoordination mit der Wirtschaft über den Vier-Jahres-Plan sind hinreichende Belege für diese Einordnung. Die damit verbundenen Ereignisse nicht zu benennen, zeigt, dass dieser Zusammenhang nicht in den Blick kommen soll.

Dabei war es – was die einzelnen medialen Verarbeitungsformen betrifft – nicht nur der Arbeit des jeweiligen Mitarbeiters geschuldet, ob die Berichterstattung besser oder schlechter war, vielmehr muss konstatiert werden, dass die reaktivierte Totalitarismuskonzeption in der medialen Präsentation durchaus hegemonial geworden ist. Antifaschistische Perspektiven oder einfach nur Aufarbeitungen, die den gesellschaftlichen Charakter faschistischer Herrschaft beschreiben und Träger der Macht bzw. gesellschaftliche Unterstützer benennen, waren deutlich in der Minderheit. Der historische Abstand hat in dieser Fragen weniger eine ideologische Entspannung erbracht, als vielmehr eine zunehmende Unkenntnis der Realität des Faschismus und seiner gesellschaftlichen Folgen, so dass auch die Rezipienten solcher Veröffentlichungen die Schwierigkeit haben, diesem neuen „verordneten“ Geschichtsbild etwas entgegenzusetzen.

1 Ich verzichte bei der Verschriftlichung dieses Vortrags bewusst auf Einzelbelege, da ich bezogen auf die historischen Ereignisse nur auf bekannte Quellensammlungen und Forschungen verweisen könnte, zum anderen – bezogen auf die medialen Verarbeitungen – eine Vielzahl von Belegstellen unterschiedlicher Zeitungen oder Medien einfügen müsste. Da das Referat zudem als Querschnittbetrachtung angelegt ist, sind Einzelbelege wenig sinnvoll. Interessant wäre z. B. die genauere Untersuchung der geschichtspolitischen Perspektive einer Zeitung, z. B. der FAZ oder des „Spiegel“. Dafür fehlte jedoch Zeit und Raum.

Dr. Kurt Laser

Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1933

Die Errichtung der faschistischen Diktatur wirkte sich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen ausgesprochen negativ aus. Vom ersten Tag an betrieb die Naziregierung der Sowjetunion gegenüber eine extrem feindliche Außenpolitik. Am 2. März 1933 hielt Hitler im Berliner Sportpalast eine Rede, die von antisowjetischen Ausfällen nur so strotzte. Dazu bemerkte die „Prawda“: „So handeln nur Narren auf dem Thron.“¹

Als Staatssekretär Bülow vom Auswärtigen Amt in einer Kabinettsitzung sowjetische Beschwerden über antisowjetische Ausfälle vortrug, äußerte Hitler: „Das Schicksal Sowjetrußlands ist durch unsere Revolution entschieden. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen können nicht mehr länger wie bisher aufrechterhalten werden, wenn es auch taktisch ratsam ist, durch eine entsprechende Erklärung die Sowjetunion zunächst davon abzuhalten, sich von uns zu entfernen.“²

Eine entsprechende Erklärung gab Hitler am 23. April 1933 vor dem Reichstag ab: „Gegenüber der Sowjetunion sieht sich die Reichsregierung der nationalen Revolution zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage.“³ Das war selbstverständlich pure Heuchelei. Äußerungen dieser Art änderten absolut nichts daran, dass die Errichtung der faschistischen Diktatur eine außerordentliche Zuspitzung der internationalen Lage bedeutete und die Aggressionsgefahr wesentlich erhöhte. Die strategische Zielstellung der in Deutschland Herrschenden bestand nach wie vor darin, die Sowjetmacht zu vernichten und das sowjetische Wirtschaftssystem der Herrschaft des deutschen Imperialismus zu unterwer-

fen. Auf dieser Linie lag der in dieser Zeit in bestimmten deutschen Wirtschaftskreisen recht ausgeprägte Standpunkt, nichts an die Sowjetunion zu liefern, was deren Industrialisierung begünstigte und damit angeblich den künftigen Absatz dorthin erschwere.

Eine der ersten Maßnahmen der faschistischen Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR war 1933 die Schließung der bereits fertig eingerichteten sowjetischen Ausstellung zur Leipziger Frühjahrsmesse, auf der die Sowjetunion seit 1922 ständiger Gast war. Die anti-sowjetische Kampagne in den ersten Wochen des Jahres 1933 hatte besonders negative Folgen für die Tätigkeit der „Deutsch-Russischen Naphta GmbH“ (Derunapht) und der „Deutschen Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG“ (Derop). Das waren Gesellschaften nach deutschem Recht, deren Alleininhaber der Sowjetstaat war und die Erdöl und Erdölprodukte aus der UdSSR in Deutschland verkauften. Die Derop unterhielt rund 2500 Tankstellen in Deutschland. Nachdem zunächst beiden Unternehmen vorgeworfen wurde, sie unterbieten die offiziellen Benzinpreise, kam es zu Haussuchungen in den Filialen der Derop in Köln, München, Kassel, Cottbus, Dresden, Essen, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig und Berlin. In verschiedenen Städten beschlagnahmten SA- und SS-Trupps den Treibstoff. Der Absatz der Gesellschaft sank um die Hälfte.⁴ Infolge der betont antisowjetischen faschistischen Handelspolitik ging schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 die deutsche Einfuhr sowjetischer Erdölzeugnisse in viel stärkerem Maße zurück als die deutsche Gesamteinfuhr derartiger Produkte.⁵

Es gibt Anzeichen dafür, dass der Anschlag auf Derunapht und Derop im Einvernehmen mit dem britischen Ölkönig Henry Deterding, dem Generaldirektor und Hauptaktionär der Royal Dutch Shell, erfolgte, einem ebenso erbitterten Gegner der Sowjetunion wie Freund und Förderer der deutschen Faschisten.⁶

Anfang 1933 lancierte Deterding in den von ihm kontrollierten Amsterdamer „Telegraaf“ unter der Überschrift „Hitler und das russische Petroleum“ eine Pressenotiz, in der behauptet wurde, die deutsche Regierung hätte zwar mit den beiden sowjetischen Organisationen Derop und Derunapht eine glänzende Möglichkeit für den Absatz sowjetischer Erdölzeugnisse geschaffen, um der UdSSR Gelegenheit zu geben, ihre Schulden in Deutschland ab-zuzahlen, durch die Bevorzugung der sowjetischen Naphtaprodukte jedoch die anderen Weltkonzerne, die in Deutschland vertreten seien, in größte Schwierigkeiten gebracht und in die Gefahr, dieses Absatzgebiet gänzlich zu verlieren.⁷ Mit den anderen Weltkonzernen waren die Royal Dutch und die Standard Oil Co. gemeint. Beide Konzerne standen zwar in erbittertem Konkurrenzkampf. Aber im Kampf gegen die sowjetischen Verkaufsorganisationen bildeten sie eine gemeinsame Front. Der Anteil des sowjetischen Öls am deutschen Markt war vom „Telegraaf“ allerdings maßlos übertrieben dargestellt worden. Das belegt die folgende Übersicht. Die rund 52 000 Tankstellen in Deutschland wurden zum größten Teil von den großen Ölgesellschaften betrieben, und zwar in folgender Rangordnung: Standard Oil 16 000, Royal Dutch Shell 15 000, Olex 6500, Benzol-Verband 4500, Gasolin 2500, Derop 2500.⁸

Die Olex war rein britischer Besitz und der zum Deterding-Konzern gehörenden Anglo Persian Oil Co. angegliedert. An der Deutschen Gasolin AG, der Verkaufsgesellschaft der Leunawerke des IG Farbenkonzerns, waren Standard Oil und Shell beteiligt, und auch der Benzol-Verband hatte vertragliche Bindungen an diese beiden Unternehmen.

Nicht alle deutschen Industriekreise waren jedoch bereit, die Absatzbestrebungen der beiden Weltkonzerne vorbehaltlos zu unterstützen. So wurde beispielsweise in der „Ostwirtschaft“, dem Organ des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, in dem Artikel „Die UdSSR und der deutsche Erdölmarkt“ gefordert: „Das russische Öl als Gegenspieler der Lieferungen der anderen Weltkonzerne sollte jedenfalls gerade in Deutschland der Aufmerksamkeit führender Wirtschaftskreise und ebenso der letzten Konsumenten gewiss sein.“⁹

Die deutsche Wirtschaft konnte es sich nicht leisten, völlig auf sowjetische Öllieferungen zu verzichten. Das Ziel bestand nun darin, durch personelle Umbesetzungen auf die Derunapht und die Derop stärkeren Einfluss zu gewinnen. Es gelang, Günstlinge der NSDAP in diesen Gesellschaften zu beschäftigen. Am 8. April 1933 triumphierte das Goebbelsche Sprachrohr „Der Angriff“: „Infolge der durchgreifenden Maßnahmen des Staatskommissars ist die unbedingte Gewähr dafür gegeben, dass die Derop und die Derunapht restlos auf nationale Basis umgestellt und mit sämtlichen nationalen Interessen gleichgestellt sind. Die-

se „durchgreifenden Maßnahmen“ erfolgten, obwohl Hitler, Neurath und Hugenberg dem sowjetischen Botschafter Chincuk versichert hatten, dass sich der von den Nazis eingesetzte Kommissar nicht um Finanz-, Verwaltungs- und Handelsangelegenheiten der Derop kümmern würde.¹⁰

Die deutschen Junker hatten sich traditionell stets lautstark gegen jede Ausdehnung des deutsch-russischen, später deutsch-sowjetischen Handels gewandt. Jetzt unter der faschistischen Diktatur wurde die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wesentlich eingeschränkt und damit den Wünschen der Junker Rechnung getragen. Zu den ersten Maßnahmen der faschistischen Regierung gehörte am 18. Februar 1933 die Einführung von teilweise prohibitiv wirkenden Zöllen für land- und forstwirtschaftliche Produkte, was den sowjetischen Export nach Deutschland stark gefährdete.

In den ersten neun Monaten 1933 gingen noch rund 30 % des deutschen Exports an Röhren- und Walzwerkerzeugnissen, 74 % des Werkzeugmaschinenexports und 47 % der Ausfuhr elektrischer Maschinen in die UdSSR. Der sowjetische Export nach Deutschland verringerte sich dagegen erheblich. Es entstand ein außerordentlich hoher Aktivsaldo zugunsten Deutschlands. Das war für die sowjetische Seite selbstverständlich nicht hinnehmbar, und sie verringerte ihre Importe aus Deutschland, die sich laut „Deutsche Tageszeitung“ vom 6. Februar 1933 noch annähernd auf der Höhe der vergangenen Jahre gehalten hatten und sich darin erheblich von der Aufnahmefähigkeit und –willigkeit für deutsche Waren unterschieden. Diese Pressenotiz zeigt, dass 1933 die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen eine so starke Potenz waren, dass ihre vollständige sofortige Unterbrechung zu negativen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft geführt hätte. In den Kreisen der deutschen Industriellen, die an der Weiterführung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen interessiert waren, machte sich eine ernste Beunruhigung bemerkbar. Der Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Gerhard Schauke, schrieb in der April/Mai-Nummer 1933 der „Ostwirtschaft“: In dem einen Dutzend Jahre, das seit Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland verflossen ist, hat noch niemals eine so lange und auffallende Ruhe im deutsch-russischen Geschäft, wenigstens soweit es sich auf den Verkauf deutscher Waren nach der UdSSR betrifft, geherrscht wie in den verflommenen Monaten des Jahres 1933.¹¹

In der Juni-Nummer der gleichen Zeitschrift schrieb Walter Basson, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels, dass die Erlöse für die in Deutschland abgesetzten russischen Waren den Hauptteil der Mittel für die Bezahlung der deutschen Einfuhr in die Sowjetunion bildeten. Im Ergebnis der Entwicklung in den letzten Jahren würde der Umfang der russischen Verkäufe in Deutschland in immer stärkerem Maße bestimmend für den Umfang der russischen Käufe in Deutschland. Der Bezug deutscher Waren entlastete schließlich die deutsche Devisenbilanz. Die Steigerung der Einfuhr aus der Sowjetunion nach Deutschland liege somit im Interesse der beiden Länder.¹² Beunruhigt waren Vertreter der deutschen Wirtschaft auch über die wachsende internationale Konkurrenz aus Frankreich, Großbritannien und den USA auf dem sowjetischen Markt, die in die Lücken vorstieß, die die deutsche Politik geschaffen hatte.

Das Interesse bestimmter Kreise der deutschen Industrie an der Weiterführung der Wirtschaftsbeziehungen zeigte sich auch durch verschiedene Kreditaktionen, die 1933 zustande kamen. Die Gewährung von Krediten an die UdSSR war in gewisser Hinsicht ein Gradmesser für den Stand der ökonomischen Beziehungen. Kredite, die der Sowjetunion gewährt wurden, spiegelten zugleich ihre wachsende Wirtschaftskraft wider. Die junge Sowjetmacht stand noch einer geschlossenen Blockade gegenüber. Sie war in der ersten Zeit gezwungen, jeden Export sofort bar zu bezahlen. Doch nicht zuletzt unter den Bedingungen des Konkurrenzkampfes wuchs bei kapitalistischen Industrie- und Handelsfirmen das Interesse am sowjetischen Markt, und sie gingen dazu über, den Wirtschaftsorganen der UdSSR Kredite zu gewähren. Der UdSSR gelang es, mit Hilfe des Außenhandels und der Auslandskredite einige Ressourcen zu erschließen und das Tempo des Industrialisierungsprozesses zu beschleunigen. Für die Industrialisierung des Landes waren große Kapitalanlagen erforderlich, die im Wesentlichen durch die sozialistische Akkumulation gewonnen wurden. Das bedeutete jedoch nicht, dass als zusätzliche Quelle ausländische Kredite abgelehnt wurden. Wenn diese Kredite auch keine gewaltigen Mittel darstellten, boten sie doch die Möglichkeit, notwendige Ausrüstungen und Maschinen zu importieren.

Vom Oktober bis zum Dezember 1932 hatten in Berlin schon Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden, um einen Ausgleich zu erzielen. Diese Verhandlungen wurden nach der Regierungsübertragung an die Nazi-Partei fortgesetzt. Taktische Gründe und wirtschaftliche Erwägungen veranlassten die deutsche Regierung, einen Wirtschaftsvertrag zu billigen, der am 9. April 1933 abgeschlossen wurde. Er war mit einer Kreditzusage in Höhe von 140 Millionen RM verbunden. Den Kredit stellte ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank und der Dresdner Bank zur Verfügung. Da das Reichsfinanzministerium gegenüber dem Bankenkonsortium „eine selbstschuldnerische Bürgschaft für den Kredit in seiner Gesamthöhe“¹³ übernahm, und das Reichsbank-Direktorium einen Rediskont-Kredit zur Verfügung stellte, hatten die Großbanken faktisch nur die technische Seite der Kreditierung zu übernehmen und konnten nach Abschluss der Aktion den Gewinn kassieren.

Bereits im Februar 1933 hatten die Staatsbank der UdSSR und die Sowjetische Handelsvertretung in Deutschland zwei Kreditverträge abgeschlossen: mit einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank in Höhe von 50 Millionen RM und mit einem zweiten von der Dresdner Bank geführten Konsortium unter Führung der Dresdner Bank über 90 Millionen RM.¹⁴

1933 wurde noch ein weiterer Wirtschaftsvertrag abgeschlossen. Ein im Januar gebildetes Konsortium unter Führung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der die Dresdner Bank, die Commerz- und Privatbank, die Reichskredit-Gesellschaft, die Banken A. Levy, Köln, und Sal. Oppenheimer jr. u. Cie, Köln, angehörten, gewährte der Kölner Firma Otto Wolff einen 65 Millionen-RM-Kredit für die Lieferung von Röhren, Bohrgeräten und Qualitätsstahl. An den Lieferungen waren neben Otto Wolff, die Vereinigten Stahlwerke, die Mannesmann-Röhrenwerke, Alfred Wirth & Co, die Rüsselsteiner Eisenwerke, die Demag, Orenstein & Koppel und die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Bochum, beteiligt. Die Firma Otto Wolff lieferte schon über längere Zeit ihre Produkte in die Sowjetunion und hatte dabei gute Geschäfte gemacht. Das Wirtschaftsministerium gewährte erst mit einiger Verzögerung am 15. März 1933 eine Ausfallgarantie. An und für sich sollte diese Zusage noch weiter zurückgestellt werden, weil zu diesem Zeitpunkt steuerrechtliche Untersuchungen gegen Otto Wolff liefen. Im Reichswirtschaftsministerium rechnete man aber offensichtlich damit, „dass die Sowjetseite, die in der letzten Zeit allgemein bestrebt ist, ihre Aufträge einzuschränken, von einer Möglichkeit, die Bestellungen einzuschränken, Gebrauch machen würde.“¹⁵

Mit Rücksicht auf die Lage der betroffenen Industrie stand das Ministerium unter Erfolgszwang. Nicht umsonst hatte die „Berliner Börsenzeitung“ am 1. Februar 1933 auf die große Bedeutung des sowjetischen Auftrags für die deutsche Röhrenindustrie hingewiesen. „Wäre der Auftrag nicht hereingekommen, so hätten die Röhrenwerke vor der Notwendigkeit gestanden, vom 1. Februar ab erneut einzuschränken. Mit Hilfe des Auftrages aber ist man in der Lage, für die nächste Zeit wenigstens die Produktion auf der bisherigen Höhe weiterführen zu können. Darüber hinaus verdient vermerkt zu werden, dass der russische Röhrenauftrag nach der mengenmäßigen Seite hin wohl der größte Auftrag seiner Art ist, welchen die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in den letzten Jahren aus dem Ausland erhalten hat.“ In den Düsseldorfer Röhrenwerken, die zu den Vereinigten Stahlwerken gehörten, konnten aufgrund des Auftrages 300 Arbeiter neu eingestellt werden.

Allerdings hatte das Reichswirtschaftsministerium am 15. März 1933 nur für den Teilbetrag von 30 Millionen RM die Ausfallbürgschaft erteilt. Grund dafür waren Beschwerden von Konkurrenzfirmen. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten berichtete im Januar 1933 von einer großen Unruhe unter seinen Mitgliedern über Presseerklärungen, wonach das Reich die Ausfallgarantie für das Wolff-Projekt zugesagt habe. Es sei der Eindruck entstanden, „als ob die Garantie für Großkonzerne schnell, für mittlere und kleinere Firmen nur sehr langsam gewährt wird“.¹⁶ Die Firma Bamag-Meguin beschwerte sich am 8. Februar 1933 über die Langfristigkeit der Kreditgewährung. Als Unternehmen, das „am Otto-Wolff-Geschäft in keiner Weise beteiligt war“, sah sie sich benachteiligt. Sie sah in dem Abkommen eine „ungeheure und durch nichts zu rechtfertigende Bevorzugung eines einzelnen Großunternehmens“ und argumentierte damit, dass eine Kreditfrist von 48 Monaten für Maschinenlieferungen auch für das Ausland stärkste Rückwirkungen habe.

Das Reichswirtschaftsministerium kam diesen Forderungen schließlich nach und zog die Zusage zurück, für die mit dem Röhrengeschäft verbundenen Nebenaufträge ebenfalls eine Zahlungsfrist von 48 Monaten zuzulassen. Das wirkte sich letzten Endes so aus, dass die

sowjetischen Bestellungen nicht die vorgesehene Höhe von 65 Millionen RM erreichten, sondern sich auf 50 Millionen reduzierten.

Das Röhrengeschäft 1933 war aber ein weiteres Beispiel dafür, dass maßgebliche Vertreter der deutschen Wirtschaft aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche, die dem faschistischen deutschen Imperialismus noch anhafteten, vorerst nicht umhin konnten, einen Ausgleich mit dem sowjetischen Geschäftspartner zu suchen.

Die häufig anzutreffenden Behauptungen, durch die Wirtschaftsbeziehungen habe die Sowjetunion das kapitalistische System stabilisiert, sind nicht stichhaltig. Der UdSSR wird sogar unsinnigerweise vorgeworfen, weil sie Kredite auch mit Gold zurückzahlte, habe sie die deutsche Aufrüstung finanziert. Hätte sie Kredite nicht zurückgezahlt, wäre der wirtschaftliche Schaden für die sowjetische Seite beträchtlich gewesen. Deutsche Betriebe und Banken waren ohnehin durch Bürgschaften abgesichert. Bei Zahlungsausfall wäre das Reich, das heißt der Steuerzahler, eingesprungen. Die andere Seite von Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil ist der Wirtschaftskrieg. Natürlich konnte die UdSSR auch durch strikte Einhaltung der wirtschaftlichen Vereinbarungen den Überfall Hitlerdeutschlands nicht verhindern.

Wenn 1933 noch gewisse positive Aspekte der Wirtschaftsbeziehungen aus der Zeit der Weimarer Republik nachwirkten, änderte sich das sehr bald. Bis 1935 erfolgten noch Abwicklungen aus früheren Verträgen. 1936 war der Handel zwischen beiden Ländern nahezu bedeutungslos. Einen Aufschwung gab es dann erst wieder nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 und den damit in Verbindung stehenden Wirtschaftsvereinbarungen.

Anmerkungen

1 Pravda vom 3. März 1933.

2 Zitiert nach: Günter Rosenfeld, Die Rapallo-Partner. Die Sowjetunion im Kampf um die friedliche Koexistenz mit Deutschland 1922 – 1933. Phil.-Habil.-Schrift Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1965, S. 579.

3 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, hrsg. von Ulrich Thürauf, Neue Folge, 49. Jg. 1933, München 1934, S. 3 f.

4 Vgl. Izvestija vom 2. April 1933.

5 Vgl. Sowjetwirtschaft und Außenhandel, Nr. 23–24, 1933, S. 10.

6 Vgl. dazu: Albert Norden, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin 1960, S. 30 ff.

7 Vgl. Die Ostwirtschaft, Nr. 6, 1933, S. 90.

8 Vgl. ebenda.

9 Ebenda, S. 91.

10 Vgl. Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 16, 01. 01. – 31. 12. 1933, Moskau 1976, S. 272 f.

11 Die Ostwirtschaft, Nr. 4–5, 1933, S. 65.

12 Vgl. Die Ostwirtschaft, Nr. 6, 1933, S. 88.

13 Vgl. Bundesarchiv, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 19 683, Bl. 124.

14 Vgl. Dokumenty vnešnej politiki SSSR, a.a.O., S. 112 f.

15 Bundesarchiv, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 20 041, Bl. 216 R.

16 Ebenda, Bl. 250.

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider

„eenes mannes rede ist keenes mannes rede, man muss hören alle beede“. Zur Verteufelung der DDR im Bericht Bernd Neumanns an den Bundestag (II)

Der „Bericht der Bundesregierung ...“ vermeldet, dass sich 30 Opferverbände in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. zusammengeschlossen haben (S. 21 f.). „In der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG), 1992 gegründet, sind mehr als 30 Verbände aus der gesamten Bundesrepublik organisiert, deren gemeinsames Ziel darin besteht, an das Leid der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu erinnern.“

Einwände

(1) Es ist erstaunlich, wer sich da als „Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“ ausgibt, unter anderen der Bund der Vertriebenen e. V., das DDR-Museum in Pforzheim und der Pro-Universitätskirche e. V. Leipzig.

(2) Verbände, die sich der Opfer des Faschismus annehmen, hält Bernd Neumann nicht für erwähnenswert.

(3) Allein schon die unterschiedlichen Wertungen der „Opferverbände“ beweisen den reaktionären Charakter der verordneten Erinnerungspolitik der BRD.

Der Bericht der Bundesregierung widmet sich auch den „Offenen Vermögensfragen und Restititionen in den neuen Ländern“ (S. 26). „Die politischen Veränderungen während der Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 waren mit dem Bedürfnis verbunden, materielles Unrecht wieder gutzumachen, das während der NS-Terrorherrschaft, der Besatzungszeit und der SED-Diktatur verursacht worden war. Noch die Volkskammer der DDR erarbeitete das Gesetz, das die Wiedergutmachung von Vermögensschäden regelt: Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG). Es trat mit dem Einigungsvertrag in Kraft. Zentraler Gedanke dieses Gesetzes ist die Wiedergutmachung von grob rechtsstaatswidrigen Unrechtsmaßnahmen (§ 1 Absatz 1 bis 4 VermG). Eine vollständige Rückabwicklung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung war mit diesem Gesetz aber nicht vorgesehen.“

Einsprüche

(1) Die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, deren Betriebe sich als Volkseigene Betriebe zur ökonomischen Basis der DDR entwickelten, waren nicht Unrecht. Sie erfolgte im Ergebnis des Potsdamer Abkommens, entsprach auch den programmatischen Vorstellungen im Ahlener CDU-Programm und den Zielstellungen der SPD. Der Volksentscheid in Sachsen hatte seine Parallele in der Abstimmung in Hessen. Selbst Ernst Nolte erklärte 1993 rückblickend: „Alle deutschen Parteien, auch die CDU der Westzonen, verurteilten 1945/46 das kapitalistische Wirtschaftssystem.“ Der Sozialismus war die Hoffnung.

(2) Die Bodenreform war eine Forderung der Bauern, die weit in die Geschichte zurückgeht.

(3) Hat einer von den Vorkämpfern der „friedlichen Revolution“ die Forderung nach „Rückabwicklung“ gestellt?

(4) War die „Wiedergutmachung“, die Privatisierung der 12 345 volkseigenen Betriebe, der 465 Staatsgüter, von 3,3 Millionen Wohnungen, von Verkehrsbetrieben, Versicherungseigentum und Handelsorganisationen durch die Treuhandanstalt und deren Rechtsnachfolger, ein riesiges Volksvermögen von etwa 600 Milliarden D-Mark, das „im Zeitraffer zum Nichts zerrann“, ein Schritt zur größeren Freiheit für die DDR-Bürger? (Im Katechismus Papst Paul II. These 2403 heißt es: „Die Güter der Schöpfung sind für das gesamte Menschengeschlecht bestimmt. Das Recht auf Privateigentum hebt die Tatsache nicht auf, dass die Erde ursprünglich der gesamten Menschheit übergeben worden ist.“)

(5) Die „Restititionen“ korrigierten nicht „Unrecht“, sondern schufen es millionenfach, insbesondere betraf es das Recht auf Arbeit, das in der DDR existierte und in der BRD de facto abgeschafft wurde.

Der Bericht der Bundesregierung fälscht die „strafrechtliche Aufarbeitung“ (S. 26 f.) in eine Erfolgsbilanz um. „Die strafrechtliche Aufarbeitung, d. h. die Bestrafung der Verantwortlichen, stellt neben der Rehabilitierung und Entschädigung der SED-Opfer und neben dem Themenfeld ‚Restitution und offene Vermögensfragen‘ die dritte Komponente der rechtlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur dar. Die Strafverfahren haben außerdem deutlich gemacht, dass für begangenes Unrecht nicht abstrakte Systeme und Apparate, sondern Menschen verantwortlich waren und dass es auch für die Mächtigen keinen straffreien Raum gibt.“

Da Strafverfahren Ländersache sind, listet der Bericht die Zahl der Strafverfahren auf. Delikte waren „Gewalttaten an der Grenze“, „Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag“, „Körperverletzung“ und „Freiheitsberaubung“.

Einsprüche

(1) Die „strafrechtliche Aufarbeitung“ war eine politische Entscheidung, keine juristische, und sie ist auch nicht mit der Geschichte zu begründen.

(2) Sie folgte der Order Klaus Kinkels an die „unabhängigen“ Richter, die DDR mit Hilfe der Justiz zu „delegitimieren“. Sie war eine Verletzung der Menschenrechtskonventionen (und des provisorischen Grundgesetzes der BRD), die rückwirkendes Strafrecht verbieten.

(3) Die 125 232 rehabilitierten „Opfer“ sind 0,8 Prozent der DDR-Bevölkerung. Soweit Namen in der Presse bekannt werden (Johannes Burianek als Beispiel), handelt es sich um rechtens verurteilte Straftäter, die „Opfer“ ihrer eigenen Verbrechen geworden sind.

(4) Erich Honecker, Egon Krenz, Heinz Keßler und andere gleichberechtigte Partner bei der Entspannungspolitik zwischen der DDR und der BRD als „Totschläger“ zu verurteilen, gehört ins Reich des Grotesken, nicht zu maßvoller Justiz.

Zusammenfassung

Dieser programmatische Bericht zeugt unmissverständlich davon, dass die politischen Eliten der alten BRD, verstärkt durch einige ehemalige Bürgerrechtler der DDR, es sich zur Aufgabe machten und mindestens für die nächsten 20 Jahre machen, anstelle wahrer Vergangenheitsbewältigung die von Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski begründete Totalitarismustheorie in ungeahntem Ausmaß wiederzubeleben. Das Kernstück dieser Theorie ist die „normative Gleichsetzung von nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft“. Diese Theorie isoliert Machtausübung von Eigentums-, Klassen- und Machtverhältnissen, obwohl erst sie erklären, welche tatsächlichen weltpolitischen Ziele ein Staat verfolgt.

Diese Totalitarismuskonzeption diente nach dem zweiten Weltkrieg seitens der USA, der BRD der NATO als Mehrzweckwaffe und eroberte sich Stück für Stück die Deutungshoheit in der Geschichtsschreibung zur jüngsten Geschichte. Heute ist sie, und das beweist das vorliegende Dokument, „staatlich verordnete“ Doktrin.

Diese Doktrin in ihrer heutigen Form und ihrem Ziel schlägt Richard von Weizsäcker ins Gesicht, der in der bedeutsamen Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der faschistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 1985 den Tag der Befreiung gewürdigt hatte: „Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder gegen Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben. Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht. Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit. Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.“

Weizsäcker verdeutlicht, dass der Tag des Kriegsendes in Europa, der von jedem Volk unterschiedlich wahrgenommen werde, für die Deutschen jedoch kein Tag der Niederlage, sondern ein „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ gewesen sei. Der 8. Mai und seine Folgen, mit denen auch die Teilung Deutschlands gemeint war, seien untrennbar auf den Beginn der faschistischen Diktatur in Deutschland 1933 zurückzuführen. Weizsäcker lehnt eine Kollektivschuld ab: „Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.“ Er spricht allerdings von einer „schweren Erbschaft“, die die Vorfahren der gegenwärtigen Generation hinterlassen hätten, und fordert von allen Deutschen, die Vergangenheit anzunehmen.

Die heutigen wissenschaftlichen Verfechter der Totalitarismuskonzeption stoßen bei ihrer Verabsolutierung auf ein Problem, das der Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts Lothar Fritze in seinem Buch „Gegenwart des Vergangenen“ als „Ostologie – Das Phänomen der rückwirkenden Verklärung der DDR“ betitelt. Es führt ihn zu der Feststellung: „Die Stabilität des realsozialistischen Herrschaftssystems ist (auch) das Ergebnis einer ambivalenten, nahezu schizophrenen Beziehung eines hinreichend großen Teils der Bevölkerung, insbesondere der Intelligenz und der Funktionärs-Elite, zum Experiment des Realsozialismus.“ Diese „wissenschaftliche“ Erkenntnis resultiert aus staatlich finanzierter Forschung mit Billigung der zweiten Enquete-Kommission. Selbst wenn er an anderer Stelle mit sich selbst in Widerspruch gerät: „Ein Großteil der DDR-Bürger hatte sozialistische Wertvorstellungen verinnerlicht. Dazu gehören Vorstellungen (oder auch Menschenrechte – der Autor) von sozialer Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, gleichen Lebenschancen und Solidarität.“

Was denn nun: Schizophrenie bei bewussten DDR-Bürgern oder sozialistische Wertvorstellungen?

Eine Quantifizierung des von Fritze behaupteten Tatbestandes ermöglicht eine Analyse, die das „Deutschland Archiv“ veröffentlicht hatte und in der Peter Förster die „empirischen Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger“ darstellt. Die Studie wurde 1987/88 mit damals 17- bis 18jährigen begonnen, in elf Wellen jährlich mit denselben Fragen fortgesetzt: „Die Befragten, die im Frühjahr 1989 noch immer zu 94 % eine gesicherte Zukunft in der DDR sahen, darunter 62 % ohne Einschränkung, sind in ihrer Mehrheit auch 10 Jahre später noch nicht in der BRD angekommen. Nur 7 % fühlen sich mit der BRD politisch verbunden, 80 % sind froh darüber, die DDR erlebt zu haben. Über die Hälfte der im Jahre 2000 knapp Dreißigjährigen hält an sozialistischen Idealen fest. Weniger als 10 % der Teilnehmer an der Studie trauen dem jetzigen Gesellschaftsmodell eine Lösung der dringenden Menschheitsprobleme zu bzw. sehen in ihm das einzig menschenwürdige System der Zukunft.“

Unabhängig davon, wie repräsentativ dieser Querschnitt ist oder andere Studien ergeben, sind es Millionen ehemaliger DDR-Bürger, die positiv über die DDR denken. Diese Menschen „umzuerziehen“ oder zum Schweigen zu bringen, ist Ziel des im Bericht entwickelten Programms. Manche derjenigen, die den Beschluss gefasst haben, werden die Bumerangwirkung erleben: „Die Wahrheit siegt.“ Den Bürgern, die bewusst in und für die DDR gearbeitet haben, rät Egon Krenz in seinem Buch über Walter Ulbricht: „Lasst nicht miesmachen, was an Gutem und Einmaligem in der DDR erreicht wurde. Nur wer selbstbewusst verteidigt, was an den sozialistischen Werten verteidigungswürdig ist, wird als Zeitzeuge auch ernstgenommen.“

Wenn Ministern und Abgeordneten ein Rat gegeben werden darf, wäre meiner: Folgen Sie Eicke von Reggow. Respektieren Sie die Gedanken- und Erinnerungsfreiheit!

Veranstaltungen des Arbeitskreises Februar – Oktober 2014

- | | |
|----------------------------|---|
| Donnerstag,
20. Februar | Wohin geht China?
Einführung: Prof. Dr. Helmut Peters |
| Sonnabend,
1. März | Kolloquium: Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid (1874 – 1944) – Otto Grotewohl (1894 – 1964)
(nähere Angaben siehe Einladung auf S. 36) |
| Donnerstag,
20. März | Neue Herausforderungen der Linken in Lateinamerika
Einführung: André Scheer |
| Donnerstag,
17. April | Die veränderte geostrategische Weltlage und ihre Konsequenzen
Einführung: Bruno Mahlow |
| Donnerstag,
8. Mai | Europa und die Strategien der Linken
Einführung: Andreas Wehr |
| Sonnabend,
10. Mai | 48. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges
Tagungsort: Berlin (nähere Angaben erfolgen noch) |
| Donnerstag,
26. Juni | Der 20. Juli 1944
Einführung: Dr. Günter Wehner |
| Sonnabend,
6. September | 49. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
1939. Ursachen und Folgen
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte <i>Undine</i> , Hagenstr. 57
(Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)
Beginn: 11.00 Uhr |

Sonnabend, 50. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
 18. Oktober Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren
 (Tagungsort und Beginn wie am 6. September)

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen: Siehe unten!

E i n l a d u n g

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 1. März 2014

ein **Kolloquium** zum Thema

Sozialdemokraten in der Entscheidung:

Rudolf Breitscheid (1874 – 1944)

Otto Grotewohl (1894 – 1964)

statt. Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Das Kolloquium tagt von **11.00** bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
 Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Prof. Dr. sc. Heinz Niemann (Bergfelde)
 Rudolf Breitscheid (1874 – 1944)

Prof. Dr. sc. Wolfgang Triebel (Berlin)
 Otto Grotewohl (1894 – 1964)

Für die Vorträge stehen jeweils 45 Minuten zur Verfügung,
 für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079
 Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

